C 21734 D



Sondernummer

Arbeiterkampf

8. Juli 1977

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 0,50

Der Bluff mit der Kohle

Mehr Sicherheit ? Mehr Arbeitsplätze ? Kohlekraftwerke statt AKWs ?

Der Bluff mit der Kohle

Ende letzten Jahres hatte die Nordrheinwestfälische Landesregierung ihre „schwarze Geliebte" entdeckt. Mit einem neuen Aufschwung der Kohle, der Sicherung, ja Schaffung neuer Arbeitsplätze wurde gewunken im Hinblick auf die derzeit 5% Arbeitslosen in NRW. Nachdem dieses Ammenmärchen bei den Kernkraftwerken immer weniger gefruchtet hatte, versuchten es ausgerechnet die Herren aus den bürgerlichen Parteien und Vorstandsetagen der Firmen und Gewerkschaftshäuser bei der Kohle, die mit dafür verantwortlich sind, daß im Verlauf der Jahre etwa 400.000 Kumpel auf die Straße gesetzt wurden.

Tatsache ist auch hier, wie wir belegen werden, daß ein Ausbau der Kohleproduktion in der BRD überhaupt nicht geplant ist, sondern neue Zuschüsse für die Kohle aus öffentlichen Mitteln im Hintergrund stehen. Die Kohleproduktion soll auf dem derzeitigen Stand eingefroren werden. Es gibt sogar Bestrebungen, einen größerer Teil der Produktion aus Importkohle abzudecken.

Das Unverfrorenste dabei ist, daß die Kohlekraftwerke, die gebaut werden sollen, um Kohlestrom in Zukunft mit mehr Profit und weniger Arbeitsplätzen bei den E-Firmen zu produzieren, als „umweltfreundlich" angepriesen werden sollen.

Sicherlich können Kohlekraftwerke nicht solche Katastrophen wie Atomkraftwerke mit Millionen von Toten hervorrufen – zum Glück muß man sagen; denn bürgerliche Parteien, Elektrizitätswirtschaft und Gewerkschaftsführer sind sich einig: Kohlekraftwerke werden nach denselben menschenfeindlichen Prinzipien wie Atomkraftwerke gebaut. Rund 16% der Kohle werden bei der Verstromung als Dreck und Schwefel in die Luft gepustet. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen bedeutet das über 100 Tote bei 1.000 MW-Kohlestromkapazität pro Jahr. Dennoch werden Kohlekraftwerke an Stellen im Ruhrgebiet geplant, wo selbst heute die minimalen gesetzlichen Emmissionswerte überschritten werden. Um solche Kraftwerke durchzubringen, wurden kurzerhand die gesetzlichen Werte einfach heraufgesetzt. Weil das immer noch nicht ausreicht, sollen die gesetzlichen Werte noch einmal heraufgesetzt werden. Das ganze angesichts der Tatsache, daß es technisch heute ohne weiteres möglich wäre, Kohlekraftwerke sicher zu bauen. Aber das ist den Kapitalisten zu teuer. Eine Entschwefelungsanlage, die 1,2 Pf pro Kiliowattstunde kosten würde, wird eben nicht gebaut. Stattdessen werden die Schornsteine einfach etwas höher gebaut, um den Dreck besser zu verteilen. Mit Erfolg! 70% des Drecks gehen ins Ausland – Schäden sind sogar noch in Norwegen nachweisbar!

Der große Bluff mit dem Ausbau der Kohlekraftwerke

Wirtschaftsminister Riemer erläuterte es so: *„Wir fördern den Bau von Kohlekraftwerken, aber wir haben Schwierigkeiten, den Strom, den sie erzeugen, zu verkaufen. Niemand will ihn haben"* („Spiegel", s.o.).

Da mußte natürlich ein wenig nachgeholfen werden. Das Standardargument, was für den Bau neuer Kohlekraftwerke herhalten mußte, war die Sicherheit der Arbeitsplätze.

Angesichts von 300.000 Arbeitslosen in NRW (5 %), die sich voraussichtlich durch neue Schulabgänger in den nächsten Jahren verdoppeln werden, sicherlich ein Schlager, mit dem sich Stimmung machen läßt.

Am 1. Dezember 1976 behauptete ein Gutachten des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" im Auftrag des Kohlekraftwerksbauers Steag – gleichzeitig Tochter der Ruhrkohle AG – daß „die Verstromung von zwei Millionen to Kohle jährlich 11.000 Arbeitsplätze sichern, davon allein 4.000 im Bergbau" („Welt", 26.2.77).



Kohle-Halde im Ruhrgebiet

Während sonst die Kernkraftwerksbetreiber mit dem Ammenmärchen der „Sicherung der Arbeitsplätze" durch AKWs hausieren gehen, erklärte Ministerpräsident Kühn, anstelle von Öl und Uran *„habe ein stärkerer Einsatz der Stein- und Braunkohle im Energieverbund den Vorteil, zugleich Tausende von Arbeitsplätzen zu sichern"* („FAZ", 13.5.77).

„Farthmann und Riemer überboten sich förmlich, ihr Hohelied zu singen: 7.000 MW Kohlestrom sichern 10.000 Arbeitsplätze (Farthmann), 10 Mio. to Steinkohleförderung bedeuten 24.000 Arbeitsplätze (Riemer)" („Welt", 26.2.77).

Was wäre vernünftiger, als die Kohleproduktion wieder anzukurbeln ? Riemer schlug vor, die Kohleproduktion auf 100 Mio. to jährlich bis 1985 zu steigern, d. h. ein neuer Aufschwung der Kohle und neue Arbeitsplätze wurden hier in leuchtenden Farben an den Horizont gemalt.

Doch bei diesen „hochfliegenden Kohlephantasien" („Welt", s.o.) handelt es sich schlicht und simpel um einen großen Bluff.

Kohleproduktion wird nicht gesteigert !

Kohleproduktion wird nicht gesteigert !

Bei dem ganzen Trara ging es niemals ernsthaft darum, tatsächlich die Ankurbelung der Kohleproduktion zu fordern.

Vielmehr soll die Kohleproduktion auf dem Niveau eingefroren werden, das Anfang der 70er Jahre erreicht worden war. Ursprünglich sollte die Kohleproduktion sogar noch erheblich gedrosselt werden. Als die Bundesregierung 1972 ihr erstes Energieprogramm verkündete, waren immerhin noch 23,6 % des Primärenergieverbrauchs durch die Steinkohle abgedeckt worden. Nach dieser Planung sollte die Kohle 1985 lediglich noch einen Anteil von 8 % besitzen, d. h. weitere Zechenstillegung und arbeitslose Kumpels waren vorgesehen. Nach der „Ölkrise" wurde die Planung 1973 zugunsten der Kohle geändert, jetzt sollte der Kohleanteil 1985 14 % betragen. Im „dritten Verstromungsgesetz" von 1974 war vorgesehen, daß weiterhin wie in den Jahren davor jeweils 33 Mio. to Steinkohle verstromt werden sollten.

Nicht weil die Bundesregierung ihr Herz für die arbeitslosen Kumpel entdeckt hatte, sondern weil damit die Öleinfuhren verringert werden sollten.

Wenn jetzt neue Kohlekraftwerke gebaut werden, so hat dies ebenfalls nichts mit einer Ausweitung der Kohleproduktion zu tun:

„Neue Steinkohlekraftwerke werden mittel- und langfristig nicht – wie oft behauptet wird – die Gesamtkapazität erhöhen. Neue Stein-

„Neue Steinkohlekraftwerke werden mittel- und langfristig nicht – wie oft behauptet wird – die Gesamtkapazität erhöhen. Neue Stein-

kohlekraftwerke ersetzen lediglich ältere stillzulegende Einheiten, um eine Gesamtkapazität von rund 30.000 MW sicherzustellen, die notwendig ist, um einen absolut festen Betrag von 33 Mio. to Steinkohle im Mittellastbereich zu verstromen" („Welt", 9.6.76).

Die derzeitige Steinkohlenkapazität ist *„überaltert und entspricht hinsichtlich der Größenstruktur der Maschinenleistungen nicht dem technischen Stand"* („Welt", 30.3.77).

Ein Drittel der Kapazität setzt sich aus Kraftwerken von unter 100 MW zusammen, während heute Blöcke von 700 MW angestrebt werden. 1985 sind ca. 6.000 MW über 30 Jahre alt und müßten verschrottet werden. Aus diesem Grunde sah das Energieprogramm vor, daß diese 6.000 MW durch neue Kohlekraftwerke ersetzt würden.

Nichts anderes will trotz allen Rummels auch die Landesregierung in NRW. Wirtschaftsminister Riemer erklärte ausdrücklich, es gehe um *„die Verwirklichung des 6.000 MW-Kohleverstromungsprogramm des Bundes"* („Welt", 28.1.77).

Die Ruhrkohle plant auch nicht, in ferner Zukunft die Kohleproduktion auszudehnen. Selbst der RAG-Vorstands-Vorsitzende Bund erklärte, er sei auch *„nicht der Meinung, daß die Steinkohle im Grundlastbereich eingesetzt werden muß"*, der Ruhrbergbau werde auch *„vorerst keine neuen Zechen abteufen"* („Welt", 21.3.77).

Den Kapitalisten ist die Kohle zu teuer!

Die Kapitalisten der Elektrizitätsfirmen kümmerte die „Sicherheit der Arbeitsplätze" im Bergbau herzlich wenig. Die heimische Kohle ist ihnen zu teuer. Deshalb hatten die Elektrizitätsfirmen die Kohle immer mehr auf's Abstellgleis geschoben. Hatte 1965 die Kohle noch einen Anteil von 50% an der Verstromung („Welt", 9.6.77), so wurde von 1975 bis 1977 bei 36 neuinstallierten

1965 die Kohle noch einen Anteil von 50% an der Verstromung („Welt", 9.6.77), so wurde von 1975 bis 1977 bei 36 neuinstallierten

Kraftwerken mit ca. 18.000 MW überhaupt nur ein Kohlekraftwerk neugebaut (laut „Wirtschaftskurzinformationen" 15/76). Der Löwenanteil ging dabei auf Kraftwerke auf Erdölbasis, nämlich 23 Kraftwerke mit rund 8.000 MW (s.o.). Die Planung dieser Kraftwerke war bereits vor der „Ölkrise" gelaufen. Nach der „Ölkrise" wurden der Bau und die Planung weiterer Kraftwerke auf Erdölbasis verboten. Doch auch nach der „Ölkrise" war den Kapitalisten die Kohle zu teuer, die Elektrizitätsfirmen schalten die Kohlekraftwerke im sogenannten „Grundlastbetrieb" erst gar nicht an. Dazu verwendet man die Kernkraftwerke, deren Betrieb eh nicht abgeschaltet werden kann und zudem auch Erdölkraftwerke. Das hatte zur Folge, daß „Kohlekraftwerke an weniger als 150 Tagen des Jahres laufen" („Spiegel" 9/77). So sackte der Anteil der Steinkohle erst einmal weiter ab. 1975 wurden nur

Fortsetzung auf Seite 3

Von Kohle – Öl zu Kernkraft – von der Kernkraft zur Kohle?

Aufgeschreckt durch die Schlacht von Brokdorf im Herbst letzten Jahres glaubten eine Reihe von Politikern und Befürwortern der Kernenergie, aus taktischen Überlegungen, etwas auf Distanz zum Ausbau der Kernenergie gehen zu müssen – so auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens. Als erster aus dem Landeskabinett preschte Friedhelm

auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens. Als erster aus dem Landeskabinett preschte Friedhelm

Farthmann vor: *„Der schlitzohrige Arbeitsminister Friedhelm Farthmann (SPD) meinte im November (1976 – Anm. Red.), derartigen Aufruhr durch Bürger-Befragungen vermeiden zu können, mußte sich darob aber einen Rüffel seiner Fraktion und seines Ministerpräsidenten einstecken. Offenbar war Farthmann zu diesem Zeitpunkt nur unzureichend über die Strategie von Kühn und Wirtschaftsminister Horst Riemer (FDP) unterrichtet"* schrieb dazu die „Welt" (26.2.77).

Die ebenfalls „schlitzohrigen" Kabinettskollegen Farthmanns hatten sich längst etwas anderes ausgeheckt: Mit lautem Getöse mauserten sich die beiden Minister plötzlich zu Sicherheitsaposteln in Sachen Kernkraft: Den Auftakt gab Kühn am 11. November, als er *„nebulös davon sprach, daß es erst wieder Kernkraftwerke in NRW geben werde, wenn der Schutz von Mensch und Umwelt ‚befriedigend' gelöst sei."* Mit kräftigen Worten zogen die Minister gegen die Kernkraft zu Felde:

Riemer sagte, wer davon rede, daß demnächst „die Lichter ausgehen" würden, *„gerate in den Verdacht, selbst an diesem Schalter zu drehen"* („Frankfurter Allgemeine", FAZ, 13.5.77).

Die „Energielücke" bezeichnete er als *„einen Knüppel, mit dem die Bürger zur Kernenergie geprügelt werden sollen"*. An erster Stelle rangiere für ihn *„der Umweltschutz, Leben und Gesundheit der Bürger"*, deshalb halte er auch *„nichts von den Prognosen, die immer vorgetragen werden: nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung könne nur einmal in 10.000 Jahren ein Reaktor kaputtgehen"* („Der Spiegel", 2.5.77).

Daß es dem Landeskabinett dabei weniger um irgendwelche Skrupel geht, unsicheren AKWs zuzustimmen, kann man schon daran sehen, daß in dem neuen Entwicklungsplan für NRW bis zu 13 neue Standorte für Kernkraftwerke festgelegt worden sind und außerdem der gefährlichste aller Reaktoren, nämlich der Schnelle Brüter in Kalkar, in Nordrhein-Westfalen, ohne den geringsten Protest der Landesregierung weitergebaut werden kann.

Nach wie vor ist die Landesregierung für den Ausbau der Kernkraftwerke: Landeschef Kühn räumte selbstverständlich ein, *„auf die Dauer sei auch auf Kernenergie nicht zu verzichten"* (ebenda).

Ebenso sein Wirtschaftsminister

sei auch auf Kernenergie nicht zu verzichten" (ebenda).

Ebenso sein Wirtschaftsminister

Riemer: *„Sicher .. geht es nicht ohne Kernenergie"* („Spiegel", 2.5.77). Aber, so Riemer, *„die Politiker müssen von einer neuen Bewußtseinslage in der Bevölkerung ausgehen. ... Kernenergie ist eine so neue Technologie, daß man nicht unbedingt schon jetzt am Anfang in diese Breite gehen kann, was die Zahl der Kernkraftwerke betrifft'* (ebenda).

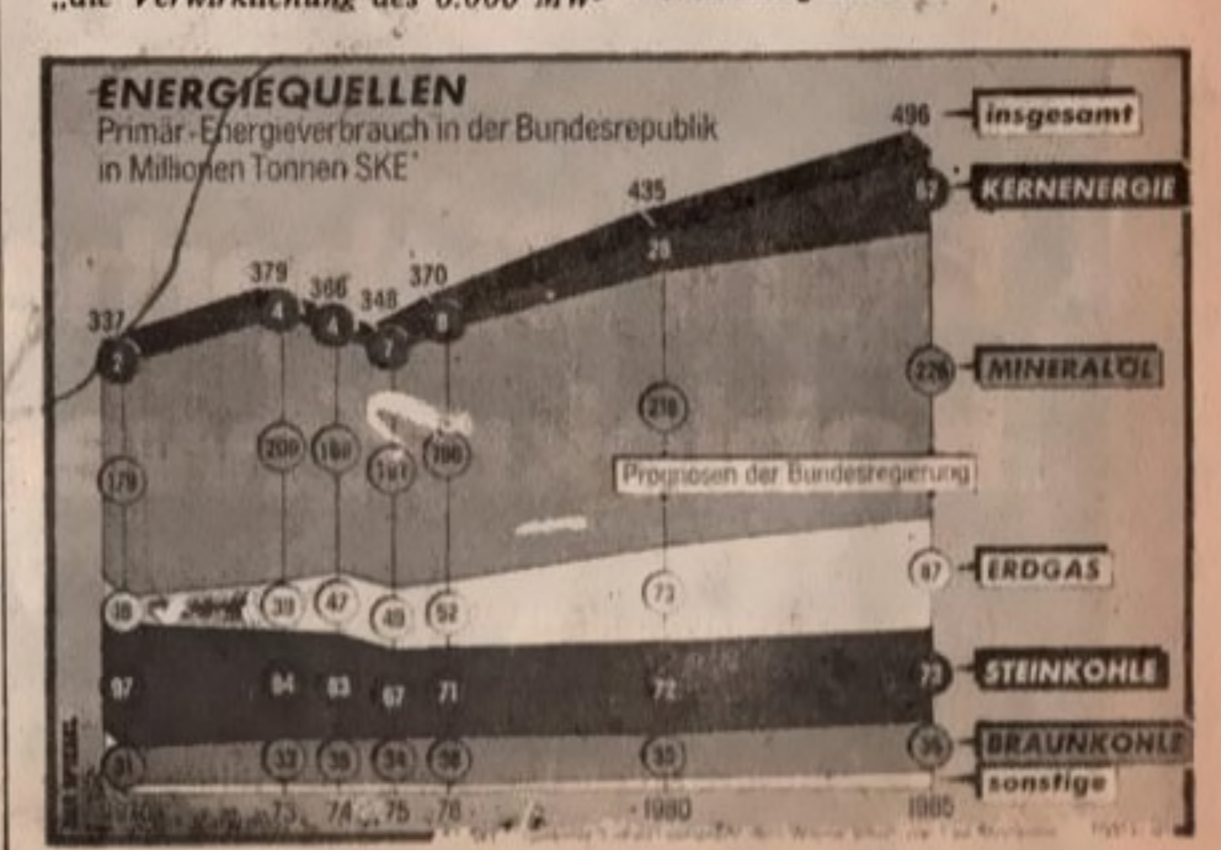
Mit dem großen Theaterdonner gegen Kernkraftwerke wurde „die schwarze Geliebte des Düsseldorfer Kabinetts" neu aus der Taufe gehoben.

„Landesentwicklungsplan VI" der nordrhein-westfälischen Landesregierung

„Rohentwurf" des Standortplans

Petershagen-Lahde, Ibbenburen, Greven, Veltheim, Munster, Ems, Bielefeld, Weser, Emmerich, Hiddingsel, Bislich-Vahnum, Dorsten-Hunxe Ost, Datteln-Klostern, Lippe, Drensteinfurt, Schoneberg-Nord, Salmorth, Kalkar, Spellen, Marl-West, Datteln Waltrop, Bergkamen, Lippstadt Ost, Castrop Rauxel, Dortmund, Rheinberg, Borth, Orsoy-Rheinberg, Hagen-Halden, Ruhr, Dusseldorf Lausward, Plettenberg Siesel, Rhein, Siersdorf, Koln, Bonn

Kraftwerke: Atom, Kohle, Gas



Aus: „Spiegel", 4.7.77



Jugendliche in Wattenscheid protestieren gegen Umweltverseuchung

noch 27 Mio. t verstromt, in diesem Jahr ebenfalls (alle Angaben „Wirtschaftswoche", 21.1.77, „Welt", 21.3.77, „Frankfurter Rundschau", 22.12.76). Die Elektrizitätsfirmen hatten die Kohle immer mehr auf's Abstellgleis geschoben.

Als sie in Zukunft nur noch 20 bis 25 Mio. Tonnen jährlich abnehmen wollten, schaltete die Landesregierung: Während die AKW-Betreiber landauf landab den Atomstrom als den billigsten anzupreisen wußten, entdeckte die NRW-Landesregierung nun den billigen Kohlestrom. Am 13. Dezember bestellte Riemer ein „neutrales" Gutachten beim Frankfurter Battelle-Institut, um einen Kostenvergleich zwischen Kohle- und Atomstrom anzustellen. *„Sieben Tage später war aber für Riemer die Entscheidung für die Kohle ... in NRW auch ohne Battelle-Gutachten bereits gefallen"*, kommentierte die „Welt" (s.o.).

Öffentlich ließ Riemer seine Muskeln gegenüber der Elektrizitätswirtschaft spielen. *„Wenn nicht fürderhin mehr Steinkohle verstromt wird als bisher, soll die Abnahmepflicht gesetzlich geregelt werden"* („Welt", 28.1.77), d.h. per Gesetz

pflicht gesetzlich geregelt werden" („Welt", 28.1.77), d.h. per Gesetz

sollen 33 Mio t Kohleverstromung **durch**gesetzt werden. Weiterhin drohte Riemer mit der Verstaatlichung des Leitungsnetzes und der öffentlichen Festschreibung der Strompreise, was die Profite der E-Wirtschaft treffen würde.

Nun, im April 1977 konnte dann der Erfolg vermeldet werden. Wie im Energieprogramm vorgesehen, wird die E-Wirtschaft ab 1978 33 Mio t Kohle abnehmen. „Wir haben eben unter dem Tisch sitzend teilgenommen", verlautete dazu aus Riemers Ministerium („Welt", 23.4.77). Das ganze hat sich wohl mehr so abgespielt, daß die Landesregierung dicke Geldsäcke für die E-Wirtschaft auf den Verhandlungstischen abgestellt hat, um so ihre Behauptung wahrzumachen, daß Kohlestrom billig wäre.

Schon nach der „Ölkrise" war der Kohlestrom über den Kohle„pfennig" aus Geldern der Verbraucher um 1,3 Mrd DM jährlich bezuschußt worden („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13.1.77). Jetzt wurde noch kräftig draufgelegt: 75 DM pro Tonne, d.h. genau die **Hälfte des** Preises bekommt die E-**Wirtschaft** geschenkt – Summa summarum 2,5 Mrd. DM jährlich. In der EG wurden für den Bau neuer Kohlekraftwerke EG-Investitionsbeihilfen von 1,5 **Mrd** DM bereitgestellt („Welt", 6.1.77) Die NRW-Landesregierung kündigte zusätzlich Landesbürgschaften für den Bau neuer Kraftwerke an, um der Elektrizitätswirtschaft jedes Risiko abzunehmen. Das, obwohl die E-Firmen in den neuen Kohlekraftwerken zwei Pfennig pro Kilowattstunde sparen werden oder für **1.000** MW rund 60 Mio. DM jährlich.

Die neuen Kohlekraftwerke **sollen** nicht nur weniger reparatur**anfällig** sein und weniger Kohle für **die gleiche** Strommenge verbrauchen, sondern sie sollen es ebenfalls ermöglichen, daß die E-Wirtschaft Kollegen an die Luft setzen kann, um die „hohen Personalkosten" abzubauen (Angaben nach „Welt", 9.12.76).

Arbeitsplätze im Bergbau sicher? – keineswegs!

Aber nicht nur in der Elektrizitätswirtschaft sind die Arbeitsplätze gefährdet, auch im Bergbau sind trotz des Abkommens nicht einmal die bestehenden Arbeitsplätze sicher! Kurz nach dem Abkommen mit der Elektrizitätswirtschaft trat die Ruhrkohle mit einem „Katastrophenbericht" an die Öffentlichkeit. In diesem Jahr sind die Halden bereits auf 22 Mio t Kohle gewachsen und werden 1977 mit ca. 27 Mio t einen neuen Rekord erreichen. Für dieses Jahr wurde ein kräftiges Minus für die Profite der Ruhrkohlekapitalisten angekündigt, nämlich 200 Mio. DM und die Zukunft der Ruhrkohle für gefährdet erklärt. Laut Vorstand wäre *„das schlechteste, was dem Unternehmen im Blick auf die Zukunft passieren könnte, ... eine Verschiebung im Investitionsprogramm"* („FAZ", 27.4.77). Mit diesen Hinweisen forderte die RAG weitere staatliche Zuschüsse: Obwohl der Bund im letzten Jahr fünf Mio t Kohle für 270 Mio. DM gekauft hatte, wurde wiederum beantragt, daß er weitere drei bis fünf Mio. t Halde kaufen solle (s.o.), die dann den Namen „Bundesreserve" erhält. Trotz aller dieser Zuschüsse, die die Kapitalisten aus ihren Beteiligungen aus der Ruhrkohle AG ziehen können, läßt man den Bergbau weiter „vergreisen". *„1975 lag das Durchschnittsalter der Untertagearbeiter bei 58,5 Jahren, was statistisch noch durch den Anteil von 19% junger Gastarbeiter frisiert ist"*, so die „Welt" (26.2.77), die die ausländischen Kollegen nur als „Übergangslösung" versteht. In der Tat ist in Zukunft mit einem weiteren Abbau der Kohleproduktion in der BRD zu rechnen. Bund, vom Vorstand der RAG, gab in einem „Zeit"-Interview zwar zu, daß man nach 1985 *„an neue Schachtanlagen denken"* müsse, aber das sei *„etwas, wonach uns im Augenblick nicht der Sinn steht"* („Zeit", 25.3.77). **Nun**, um neue Schachtanlagen hat **sich** die Ruhrkohle AG schon gekümmert, bloß überall dort in der Welt, wo die Kohle billiger als an der Ruhr zu haben ist. Bereits heute fördert die RAG in den USA rund eine Million t Steinkohle aus eigenen Zechen, eine wei-

den USA rund eine Million t Steinkohle aus eigenen Zechen, eine wei-

tere neue Gesellschaft mit Kohlevorräten wurde erworben („Welt", 21.3.77). In Australien hat sich die RAG inzwischen ebenfalls umgesehen. *„Angesichts der Kosten für die Förderung der Kohle aus Lagerstätten wie in Australien spielen die Transportkosten nicht mehr die entscheidende Rolle"*, erklärte RAG-Chef Bund dazu („Zeit", 25.3.77); Südafrika ist ebenfalls im Gespräch („FAZ", 13.6.77). Die HEW, die ihre Kraftwerke mit jährlich 300.000 t US-Kohle befeuert, will dort ebenfalls eine eigene Kohlenzeche erwerben („Hamburger Abendblatt", 22.4.77).

Schon heute hat die Elektrizitätswirtschaft in aller Deutlichkeit erklärt, daß eine Erhöhung der Kohleproduktion in der BRD überhaupt nicht in Frage kommt: *„Für den Fall, daß der Ausbau der Kernenergie wider die Vernunft erheblich gehemmt werde, müßte die Energiewirtschaft auch auf ein höheres Kontingent von Importkohle zurückgreifen können"* („FAZ", 8.2.77).

Es steht zu erwarten, daß die Firmen das sowie**so vor**haben.

Rationalisierung – Betriebskonzentration

Rationalisierung – Betriebskonzentration

Förderung je Abbaubetriebspunkt und Arbeitstag

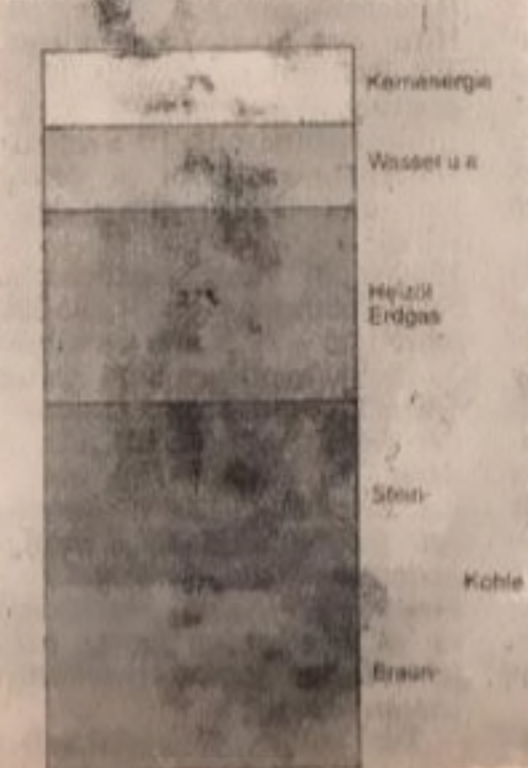
212 Tonnen

1957

Förderung je Schachtanlage und Arbeitstag

3330 Tonnen

1957



aus: Anzeige der Kohleindustrie in „Spiegel", 6.6.77

Wenn man **den Kraft**werksbetreibern Glauben **schenkt**, dann liefern die neuen Kohle**kraftwerke** geradezu den blauen Himmel **an der** Ruhr.

„Wenn moderne Kraftwerke ältere Kraftwerke ersetzen, wird die Umwelt immer weniger belastet. Neue Kraftwerke emitieren um 80% weniger Staub und um 70% weniger Schwefel als ältere Kraftwerke" **heißt es in einer Anzeige für Steinkohle, die zu der Schlußfolgerung kommt, daß Kohlekraftwerke** *„keine Risiken für die Umwelt"* **enthielten. Auf dieser Basis hatte NRW-Wirtschaftsminister Riemer völlig richtig daraufhingewiesen, daß die Kernenergie dagegen gar nicht so billig sei, weil** *„die enormen Kosten für Berstschutz nicht einbezogen"* **werden („Spiegel", 2.5.77), da die AKW-Betreiber durchaus bereit sind, Katastrophen von Millionen Toten einzukalkulieren.** Zwar können Kohlekraftwerke nicht derartige Katastrophen wie sie bei einem GAU von AKWs hervorgerufen werden erzeugen. Die Elektrizitätsfirmen sind aber nur bereit, neue Kraftwerke auf Kohlebasis zu bauen, wenn sie selbst nicht einmal die minimalen gesetzlichen Bestimmungen der Reinhaltung der Luft einzuhalten brauchen, Tausende von Toten sind dabei einprogrammiert.

Erste Erfolge des Werberummels wurden bereits verzeichnet: *„Immerhin ist zu erwarten, daß in den nächsten Monaten gegenüber neuen Kraftwerksprojekten weniger Widerstand formiert wird, als das noch vor einem Jahr zu erwarten gewesen wäre"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13.6.77).

Von den derzeit geplanten Neubauten von Kohlekraftwerken von ca. 10.000 MW können *„acht Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 8520 MW ... durch Einsprüche lokaler Bürgerinitiativen und schwebender Verwaltungsgerichts-Verfahren nicht gebaut werden"*, vermeldete die „Welt" (am 26.2.77). Ja in **erster und** zweiter Instanz wurde das **geplante** Kraftwerk in Voerde gerichtlich gestoppt wegen Überschreitung der gesetzlich zulässigen Luftverschmutzung. In Bergkamen wollte die Steag lieber mehrere Millionen **Mark** auszahlen, als einen gerichtlichen Streit um das Kohlekraftwerk zu riskieren, obwohl es als „modernster" Neubau angepriesen wurde, das *„allen Anforderungen der Umweltschutzbestimmungen"* entsprechen würde („Süddeutsche Zeitung", 17.3.77). Bei

Fortsetzung auf Seite 4

Kraftwerkstop in NRW

In NRW sind derzeit sieben Kohlekraftwerke geplant. Diese werden allesamt von den in der Umgegend wohnenden Menschen bekämpft:

– *Kohlekraftwerk Vörde:* Der Bau der Kraftwerksblöcke über insgesamt 1.400 MW ist durch Gerichtsbeschluß verhindert worden, nachdem schon 100 Mio verbaut worden sind.

– *Kohlekraftwerk Scholven:* Die VEBA Kraftwerke Ruhr wollen das bestehende Kraftwerk um zwei Blöcke von je 740 MW erweitern. Einsprüche liegen jetzt in zweiter Instanz beim Oberverwaltungsgericht Münster vor.

– *Dorsten:* Dort will die STEAG ein Kohlekraftwerk mit insgesamt 1.400 MW errichten. Nachbarstädte und Bürgerinitiativen haben Einsprüche erhoben. Der Baubeginn ist fraglich.

– *Herne:* Das **600MW** Kohlekraftwerk soll um **einen 700 MW**-Block erweitert **werden. Eine** Herner Bürgerinitiative **will das** Projekt verhindern.

– *Datteln/Walltrop:* Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) wollen ein Kohlekraftwerk mit einer Leistung von 700 MW in 1. Baustufe errichten. Eine **Walltroper Bürgerinitiative** will **das verhindern.**

– *Castrop-Rauxel:* **Das bestehende** Klöckner-Kohle**kraftwerk** soll um einen 740 MW-**Block erweitert** werden. Mit der **Absichtserklärung** sind gleichzeitig **Widerstände** angekündigt worden.

– *Bergkamen:* Zwei von der STEAG geplante Kohleblöcke von je 700 MW haben zwar die Teilgenehmigungen erhalten, doch erst, nachdem der Bürgerinitiative mehrere Millionen Mark versprochen waren, zog diese ihre Klagen zurück.

Was einen Bäcker dazu bewegte, kleine Brötchen zu backen

24 Stunden vor dem ersten Anhörungsverfahren für das SteAG-Kraftwerk in Dorsten zog ein Bäcker seinen Einspruch dagegen zurück.

Der Bäcker ist in seiner Existenz abhängig von der Belieferung der Dorstener Schachtanlage der Ruhrkohle AG. Deren Betriebsrat hatte dafür gesorgt, daß der renitente Bäcker von der Liste der Zechenkantine gestrichen wird. Seine Herren im Werksvorstand dürften erfreut gewesen sein. Der Bäcker zog es vor zurückzuziehen, um auch weiterhin seine Brötchen loszuwerden.

Auch das sind Methoden, mit denen seitens der Gewerkschaftsführung für die Konzernherren gearbeitet wird!



Der Bluff mit der Kohle

Fortsetzung von Seite 4

diesen ganzen „risikolosen" Kohlekraftwerken kann man nur mit Forschungs-Minister Matthöfer den Gerichten, die diese stoppen, „Wahnsinn" bescheinigen.

Im Katastrophenfall Tausende von Toten

Rund 16% der aufgewendeten Kohle gehen *„als Verschmutzung in die Umwelt"*, exakt gerechnet *„tritt sogar mehr Schmutz in Erscheinung, als Kohle aufgewendet wurde"* und das bei 38000 Waggons Kohle jährlich für ein 1000 MW-Kraftwerk (Angaben aus „Frankfurter Rundschau", 7.4.77). Aus diesem Grunde *„steigt seit Jahrzehnten der Kohlendioxidgehalt der Luft"* (s.o.). Schlimmer noch, selbst Matthöfer mußte zugeben, daß mit noch einer „stärkeren Schwefelbelastung" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 27.1.76) als bisher zu rechnen sei. Denn bei der Verbrennung der Kohle entsteht das hochgiftige Schwefeldioxyd (SO_2), eines der Hauptverschmutzer aus Kohlekraftwerken.

Um das Ausmaß der Verschmutzung zu verdeutlichen hier einige Zahlen: *„In der BRD wurden 1970: 5,3 Mio. t SO_2 entwickelt. Davon stammen aus den Kraftwerken: 45%, sonstigen Feuerungen: 22%, Hausbrand: 21% ... Verkehr: 5%, Erzsinterung: 5%, Schwefelsäurefabriken: 2%"* (Walter L.H. Moll Taschenbuch für Umweltschutz I: Chemische und technologische Informationen S.9). In seinem Buch beschreibt Moll die gesundheitsschädliche Wirkung dieses Gases wie folgt:

„Das SO_2 wird schnell von der Schleimhaut der Luftröhre absorbiert, löst eine Kontraktion der Bronchiolen und Venen aus und bewirkt eine Verringerung der Lungenleistung. Die Reizwirkung wird verstärkt durch einen geringen Gehalt an SO_3 ... Bei längerer Einatmung von niedrigen Konzentrationen von SO_2 wird eine Bronchitis chronisch. Bei höheren Konzentrationen kommen Herz- und Kreislaufbeschwerden hinzu. In Einzelfällen kann aber ein Zusammenhang zwischen SO_2-Einwirkung und Erkrankung bzw. vorzeitigem Tod nur selten nachgewiesen werden, da sich verschiedene Einflüsse überlagern können" (S.58). Bereits bei 0.27 mg/m^3 können diese Schäden auftreten.

So hat dieses Gas schon zahlreiche Tote in der Vergangenheit durch bei Windstille auftretenden Smog gefordert. Nur zwei Beispiele:

„Am 26.10.1948 war in Donora (USA) das in einem engen Tal in einem Industriegebiet liegt, eine mehrtägige Inversionslage. Von 14000 Einwohnern wurden 43% krank (Atembeschwerden, Kopfschmerzen). Am dritten Tag starben 20 Menschen. Der SO_2-Gehalt der Luft soll, 1,4-5,5 mg/m^3 gewesen sein. - Vom 5.-9.12. 1952 bedeckte die britischen Inseln Nebel (Temperaturinversion). Es traten plötzlich Krankheitsbeschwerden auf: Kurzatmigkeit, Cyanose, Herzbeschwerden. Die meisten Erkrankten hatten ein höheres Alter Die Zahl der Todesfälle (über der Durchschnittsziffer) betrug 4.000 (!)"

Auch für das Ruhrgebiet konnte bei einer Untersuchung über die erste „weltweite Luftverschmutzung" im Jahre 1962 *„eine Erhöhung der Zahl der Todesfälle ... statistisch gesichert werden"* (Moll, S. 49). Eine wissenschaftliche Untersuchung rechnete für 1000 MW Kohleverstromung pro Jahr mit 20 bis 200 Toten (Quelle „American Scientist", Mai/Juni 1976).

Dabei muß man wissen, daß das Ruhrgebiet das Gebiet in Westeuropa ist, wo die Luftverpestung und der Gehalt des Schwefels am höchsten ist. Anhand einer Messung im Gebiet Duisburg - Oberhausen - Mülheim im Jahre 1973/74 wurde deutlich, daß die Hälfte des Gebietes Schwefeldioxyd-Immissionen aufwiesen , *„die - teilweise erheblich - über dem amtlich festgesetzten Höchstwert lag"* („Frankfurter Rundschau", 15.1.76), der schon sowieso in der BRD besonders hoch angesetzt worden ist.

Dort in dem Gebiet, wo auch das neue Kohlekraftwerk in Voerde gebaut werden soll, wurden Schwefelimmissionen gemessen, die ca. ein Drittel dessen ausmachten, was seinerzeit in London (s.o.) zu einer Smog-Katastrophe geführt hatte. Dennoch betonte Gesundheitsminister Farthmann, daß angesichts solcher Ergebnisse *„gegenwärtig in den untersuchten Räumen verstärkte gesundheitliche Schäden nicht feststellbar seien"* („Frankfurter Rundschau", 15.1.76).

Trotz dieser Beruhigungspillen ist die Lage derzeit so, daß praktisch jedes Kohlekraftwerk durch eine Klage gestoppt werden kann, wenn nur auf die Einhaltung derzeitiger gesetzlicher Bestimmungen gedrungen wird.

Deshalb fordern Energiewirtschaft und Kraftwerkslieferanten im Verein mit der Landesregierung und DGB-Gewerkschaftsführern einhellig die *„rechtliche Absicherung"* ihrer Luftverpestung (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13.6.77).

Als das Kraftwerk in Voerde in erster Instanz gestoppt worden war, wurde kurzerhand im letzten Jahr das Immissionsschutzgesetz geändert. Damit wurden für Anlagen, die bis zum September 1978 genehmigt würden, *„gesetzlich etwas höhere Konzentration von Schadstoffen, besonders vom Schwefeldioxyd zugelassen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung. 9.2.77). Dennoch bestätigte im Herbst das Oberverwaltungsgericht in Münster den Baustopp in 2. Instanz. Seither gibt es weitere Bemühungen *„durch Änderung der Gesetzgebung für die Reinhaltung der Luft ‚praktikabler zu machen"* (s.o.), *„um sich Schwierigkeiten bei der Genehmigung von Kohlekraftwerken wie in Voerde zu ersparen"*. Vor allem wird eine Klausel gefordert, die *„eine Abwägung zwischen Umweltschutzbelangen und wirtschaftlichen Bedürfnissen vorschreibt"* („Frankfurter Rundschau", 5.2.77).

Damit soll ein Freifahrschein erteilt werden, daß der Profit aus den Kohlekraftwerken und die angeblich damit verbundene Arbeitsplatzsicherung selbstverständlich vor dem Umweltschutz rangiert. Mit dieser Logik könnte auch jederzeit eine höhere Luftverschmutzung durchgesetzt werden, wie es ja auch in Voerde vorgesehen ist, da dort bereits heute die „zulässige" Luftverschmutzung überschritten ist. Folgt man der Kohlereklame, dann hat ein „modernes Kohlekraftwerk" selbstverständlich eine Kohleentschwefelung (so z.B. in „der Spiegel", 6.6.77). RAG-Vorstandsvorsitzender Bund behauptete sogar, daß bereits *„sehr große Rauchgasentschwefelungsanlagen in Kraftwerken in Betrieb"* seien („Zeit", 25.3.77). Wo das sein soll, sagte er nicht! Tatsächlich gibt es Versuchsanlagen. So hatte die VDI-Kommission noch gerade für Voerde die Chance gesehen eine Entschwefelungsanlage im großen Maßstab auszuprobieren" („Handelsblatt", 23.2.77). Auf der Umweltschutzmesse „Envitec '77" war das Düsseldorfer Schornsteinbau-Spezialunternehmen hervorgetreten und hatte kurzerhand behauptet: *„Es gibt kein SO_2-Problem, Rauchgasentschwefelungsanlage sind überflüssig - weil sie Energie verbrauchen, sogar schädlich* (für den Profit - Anm. d. Red) - *hohe Schornsteine sind viel billiger als Entschwefelungsanlagen und lösen das Immissionsproblem"* (s.o.).

Dieser Vorschlag hat bereits seine Wirkung gezeigt. *„Das Problem SO_2 mit hohen Schornsteinen einfach und billiger verdünnend über viel größere Flächen abzuleiten, ist natürlich um so verlockender, als die Dringlichkeit wächst, ... mehr Kohlekraftwerke zu bauen."* Die Entschwefelungskosten würde den Kapitalisten angeblich bis zu 2Pf pro Kilowattstunde vom Profit kosten („Handelsblatt").

Dabei wurde auf entsprechende Schornsteine beim Großkraftwerk Scholven verwiesen, wo mit dazu beigetragen wird, daß weit über die Hälfte der Luftverpestung bis nach Skandinavien wandert. In diesen Ländern sind deshalb *„Tausende von Seen bereits heute ‚sauer' und ‚tot'"* („Welt am Sonntag", 10.8.75). Langfristig sind auch die Kraftwerksbetreiber davon überzeugt, daß *„wegen zu hoher Luftverschmutzung es an der Ruhr ohne Entschwefelung ... nicht gehen wird"* (s.o.) und deshalb wurden erst kürzlich 350 Mio. DM vom Bundesforschungsministerium für spätere Kraftwerke (keineswegs für die jetzt geplanten, nämlich frühestens in 10 Jahren ist das Verfahren einsatzbereit) bereitgestellt. Die Schwefelrate soll dabei auf möglichst billigem Wege etwas herabgedrückt werden. Es bleibt festzuhalten, daß die Kraftwerksbetreiber so viel Dreck wie möglich in die Luft pumpen wollen. Erst wenn eine weitere Belastung nicht mehr als „umweltfreundlich" und „sicher" verkauft werden kann, wird man gewisse Anstrengungen unternehmen. „Einige Jahre könnte" man dabei „immerhin durch immer höhere Schornsteine gewinnen", schrieb das „Handelsblatt" (23.2.77). Doch lieber werden sich die Kernkraftswerksbetreiber neue Gangsterstückchen aushecken, als es soweit kommen zu lassen. Das haben Bergkamen und Voerde bereits zur Genüge gezeigt. Obwohl heute Kohlekraftwerke 100% umweltfreundlich gestaltet werden könnten, ist daran nicht im Traum gedacht, das halten die Kapitalisten „hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit" für „nicht sinnvoll" (s.o.).

Für die Energiekonzerne trommelt Adolf Schmidt sehr gerne

Nicht Helmut, sondern Adolf Schmidt heißt er. Wie jener ist er in der SPD, wie jener im Bundesvorstand. Außerdem im SPD-Fraktionsvorstand. Außerdem in drei Aufsichtsräten. Außerdem ist er im Gewerkschaftsvorstand, in dem der IG Bergbau und Energie. Als solcher gibt er vor, sich um die Arbeitsplätze der Kumpels im Bergbau zu sorgen. Das ist sicher an der Zeit, denn 400.000 haben in den letzten Jahren ihre Arbeitsplätze verloren und von den verbleibenden 200.000 können viele nicht auf eine gesicherte Existenz hoffen.

Derzeit will Adolf Schmidt mal wieder neue Arbeitsplätze für die Kumpels schaffen und alte sichern. Auf ihrem Gewerkschaftstag beschloß die Bergbaugewerkschaft daher, sich voll und ganz dem Programm der Bundesregierung für die Kohle anzuschließen. Um das ganze auch „arbeitnehmerfreundlich" erscheinen zu lassen, wird halt wieder von der Sicherheit der Arbeitsplätze gefaselt. Daß das Kohleprogramm keine Arbeitsplätze sichert, sondern bestenfalls den derzeitigen Stand hält, durch Rationalisierung und Modernisierung sogar weitere vernichtet, haben wir schon im Leitartikel nachgewiesen. Was sind also Schmidt's Motive?

Da derzeit die Kohle für die Konzerne wieder eine kurzfristig stärkere Bedeutung hat, sollen schnell einige Kohlekraftwerke erneuert werden. Im Weg stehen den Konzernen dabei Bürgerinitiativen, die nicht bereit sind, sich umwelt- und menschengefährdende Kraftwerke vor die Nase setzen zu lassen. Also trommelt Schmidt im Auftrag der Konzerne für mehr Kraftwerke (*„Ohne Kraftwerke gehen schon bald die Lichter aus"*, „Welt der Arbeit", 3.12.76) und gegen Bürgerinitiativen. Mit dem Image des „Arbeitnehmervertreters" und der Kraft der Gewerkschaft im Rücken macht sich so ein Trommler natürlich viel besser, als wenn die Konzernbosse selber dies täten. Der Gewerkschaftsführer Hauptanliegen beim Trommeln für angebliche Arbeitsplätze ist es, die sowieso unzureichenden Sicherheitsbestimmungen noch mehr zu entschärfen. Denn nicht mal die werden von den Energiekonzernen eingehalten, was durch den Einspruch von Bürgerinitiativen zu Baustopps und aufschiebenden Einsprüchen geführt hat. Also sind die Bürgerinitiativen die Bösewichte. Empört sich z.B. die IG-Chemiezeitung „Gewerkschaftspost": *„Natürlich ist es unmöglich, daß jede neue Industrieansiedlung, vor allem jeder Chemiebetrieb, aber auch jedes Kohlekraftwerk schon in der Planung von irgendeiner örtlichen Bürgerinitiative blockiert wird. Wo sollen wir denn morgen arbeiten, wovon morgen leben?"* („gp", 12/76).

Da lacht der Energiekapitalist, besser kann man ihn wirklich nicht aus der Verantwortung entlassen.

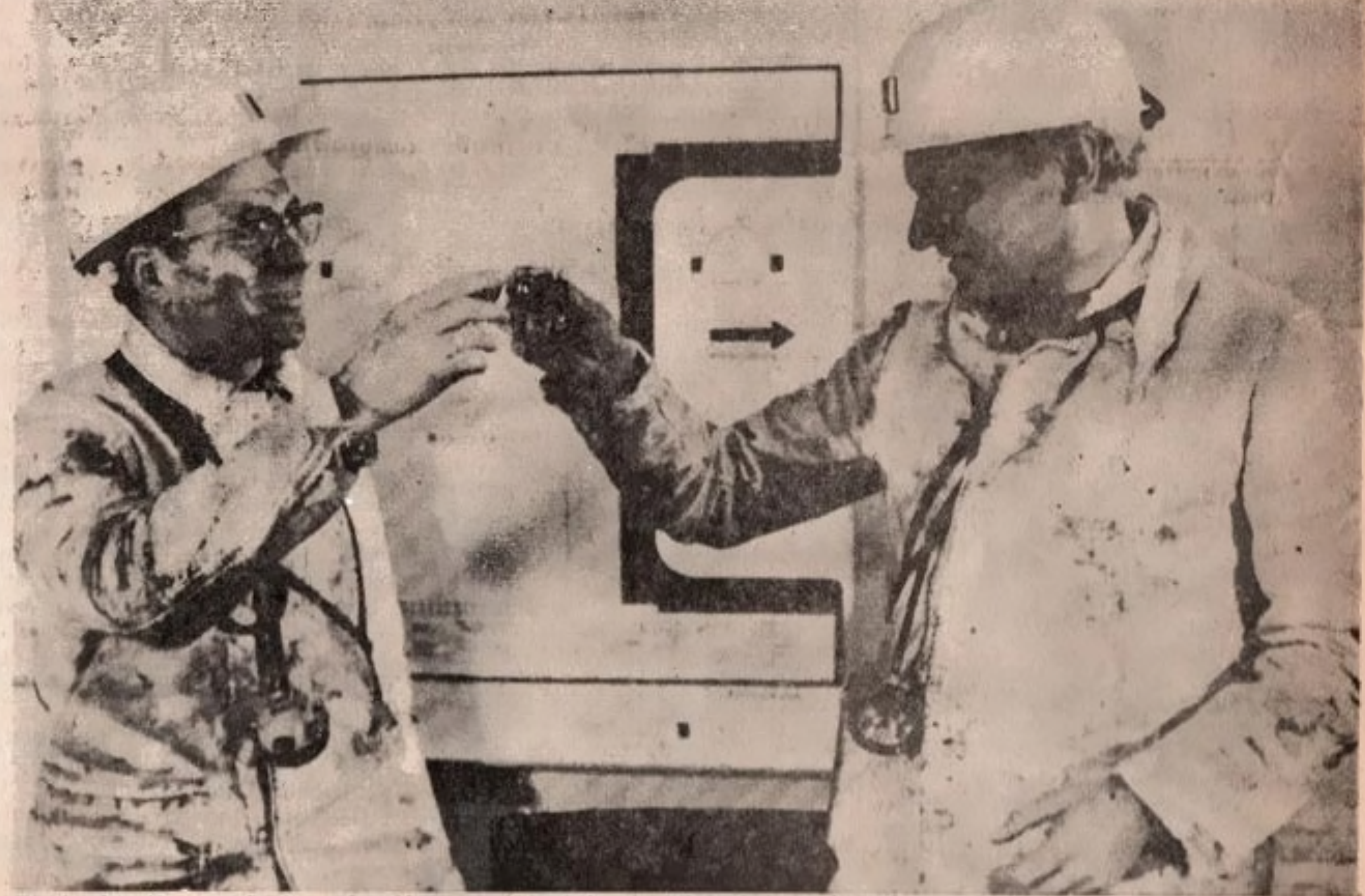
Immer treu zu Diensten

Adolf Schmidt ist einer der rabiatesten Verteidiger des Energieprogramms der Bundesregierung. Er wirbt nicht nur für mehr Kohlekraftwerke bei weniger Sicherheit. Er fordert auch bedingungslose Unterstützung des Atomprogramms und Ausbau der Atomkraftwerke. Das tut er als energiepolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, das macht er in Anzeigen seiner Gewerkschaft (die aus Gewerkschaftsbeiträgen finanziert werden), in denen es heißt, zwischen Kohle und Kernenergie gebe es *„Kein Entweder-Oder"*, *„Wir brauchen beide, eine kooperative Entwicklung von Kohle und Kernenergie, ein abgestimmtes Miteinander"* („Welt der Arbeit", 29.4. 77). In beiden Fällen, sowohl bei der Kohle als auch bei der Kernenergie will er natürlich die „Arbeitsplätze sichern". Wer das immer noch nicht glaubt, für den werden noch andere Zeugen aus dem Kreis der DGB-Führer zitiert: *„Baut Kraftwerke! (...) Allein 31.000 Bauarbeiter würden ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn die Kohlekraftwerke Vörde und Berlin, die Kernkraftwerke Philipsburg, Mühlheim-Kärlich, Brokdorf und Wyhl nicht gebaut würden"* (IG Bau-Steine-Erden in „Welt der Arbeit", 11.3.77).

Mit derartiger „Autorität" im Rücken kann dann munter gegen Sicherheitsbestimmungen und Bürgerinitiativen zu Feld gezogen werden. Lobt die Springer-Zeitung „Welt" die „Kumpelgewerkschaft", und Scharfmacher Schmidt, sie haben *„erkannt, daß das opportunistische Zurückweichen der nordrheinwestfälischen Minister vor den Bürgerinitiativen auf Dauer nur Arbeitsplätze gefährdet"* (26.2.77).

Reaktionäre Mobilisierung der Gewerkschaftsführer

Demonstrationen, Streiks und Aktionen gegen Lohnabbau und Entlassungen seitens der Gewerkschaftsführungen sind eine Seltenheit. Geht es darum, für die Ziele der Energiekonzerne zu werben, greifen sogar die Führer der IG Bergbau zu diesem Mittel. So initiieren sie Demonstrationen für Kohlekraftwerke, veranlassen Unterschriftensammlungen, halten Versammlungen mit den Betriebsratsvorsitzenden ab und beteiligen sich an der Hetze gegen Bürgerinitiativen (der Betriebsratsvorsitzende der Zeche „Monopol" in einer Fernsehsendung zu den Bürgerinitiativen: „Was sie getan haben, ist ein Verbrechen". Zuletzt hat die IG Bergbau in Bergkamen eine solche Mobilisierung für ein Kohlekraftwerk mitgetragen. Dabei arbeiten sie zum Teil mit den Unternehmern zusammen, die solche Demonstrationen natürlich gern sehen (so wurden bei der Mühlheimer Kraftwerksunion und von den Nordwestdeutschen Kraftwerken in Brokdorf Demonstrationen für Kernkraftwerke organisiert, während der Arbeitszeit und bei voller Bezahlung! Alles keine Einzelfälle).



Zwei echte Kumpels? Eine echte Kumpanei! Ruhrkohle AG-Boß Bund (links) und IG Bergbau-Boß Schmidt begießen ihre Erfolge bei der Zechen-Rationalisierung. Beide in Tarnkleidung.

Daß derartige Mobilisierungen bei den Beschäftigten im Bergbau zum Teil eine Basis haben, liegt an der besonderen Abhängigkeit und Existenzgefährdung. Neben dem seit Jahren erfahrenen ständigen Arbeitsplatzabbau ist dies zum Beispiel die Angst vor dem Verlust der Wohnung, die zumeist in der Hand der Unternehmer ist. Diese berechtigte Existenzangst machen sich Konzerne und Gewerkschaftsführer gleichermaßen zunutze, um ihre Ziele zu verwirklichen.

Wie wenig die Führer dieser Gewerkschaften die Arbeitsplätze wirklich kümmern, das haben sie in der Vergangenheit bei den Massenentlassungen bewiesen. Sie haben dabei sogar die Stirn, sich hierfür heute öffentlich ein Lob auszusprechen.

Die IG Bergbau und Energie und die Ruhrkohle AG

Nach den Zechenstillegungen und Massenentlassungen im Bergbau Mitte der 60-er Jahre wurde 1969 die Ruhrkohle AG aus 26 Einzelgesellschaften gegründet. Von Beginn an unterstützte die IG Bergbau dieses Unternehmen. Lobt sie dessen Ausbau und Schrumpfung der Belegschaft:

1969 26 Einzelgesellschaften, 52 Schachtanlagen und 185000 Beschäftigte – 1976 vier Gesellschaften, 32 Schachtanlagen und weniger als 140.000 Beschäftigte (Beilage „Welt der Arbeit", 26.11.76). Zitiert wird dann Bundesfinanzminister Apel, der feststellte: *„Dem Bergbau und den Bergleuten gebührt große Anerkennung für das hohe Maß an Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft, das sie in den letzten Jahren bei unterschiedlichen Marktentwicklungen bewiesen haben"*.

Die selben Gewerkschaftsführer, die die Durchsetzung des Energieprogramms zur angeblichen „Sicherung der Arbeitsplätze" fordern, loben also unverhohlen ihre eigene Beteiligung bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die „Mitbestimmung" dieser Führer diente nach ihrer eigenen Aussage dazu, größere Unruhen bei Entlassungen zu verhindern. So loben sie, daß es ihnen 1971 bei der Stillegung von zehn Zechen durch einen breitgefächerten „Sozialplan" gelungen ist, „politische Demonstrationen" zu verhindern. Und an die Adresse der „Mitbestimmungs"-gegner im Lager der Unternehmer geben sie zu bedenken:

„So ist es mehr als fraglich, ob der Rationalisierungsprozeß im Ruhrkohlenbergbau ohne Mitbestimmung überhaupt durchführbar, und wenn ja, in dem Zeittempo so harmonisch vollziehbar gewesen wäre, wie dies tatsächlich der Fall war. Dabei handelte es sich bei den in Frage stehenden Rationalisierungs- und Anpassungsvorgängen um Größenordnungen, von denen zigtausende von Arbeitnehmern betroffen waren" (Beilage, „Welt der Arbeit", 26.11. 76). In der Tat ist es fraglich, ob die Bergbaukapitalisten und Energiekonzerne ihre Maßnahmen gegen die Arbeiter ohne die Hilfe der Gewerkschaftsführer hätten durchziehen können! So viel ist sicher: Schmidt wird bei seiner „harmonischen Anpassung" auch in der nächsten Zeit noch viel vor sich haben.

DKP: Kohlekraftwerke statt AKWs?

Von einem Dr. Peter Kaiser aus Münster initiiert fand am 9.7. in Münster eine Demonstration gegen das nordrheinwestfälische Atomprogramm, für Kohlekraftwerke statt. Unterschrieben ist dieser Aufruf von einer Reihe von Betriebsräten vor allem aus Energiebetrieben, von Einzelpersonen und Professoren und Hochschullehrern, die vor allem dem „Bund demokratischer Wissenschaftler" nahestehen. Keine politische Organisation hat den Aufruf unterzeichnet. Unverkennbar ist allerdings die Nähe zur DKP sowohl in den inhaltlichen Aussagen des Aufrufs, als auch in der Form, seine eigenen Anschauungen hinter „unabhängigen Persönlichkeiten" zu verbergen.

In dem Aufruf zur Demonstration werden die Atomkraftwerke für Nordrhein-Westfalen hauptsächlich



„Energiepolitische Tagung der DKP" am 4.4.77: Forderung nach mehr Kohlekraftwerken aufgestellt.

deshalb abgelehnt, weil sie die Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau gefährden. Atomkraftwerke sollen solange nicht gebaut werden, wie das Sicherheitsproblem nicht „endgültig und glaubhaft" geklärt ist. Stattdessen wird der Bau von Kohlekraftwerken zur Sicherung und Vermehrung der Arbeitsplätze gefordert, wobei es sich um „modernste und umwelt-
der Arbeitsplätze gefordert, wobei es sich um „modernste und umwelt-
freundliche Anlagen" handeln soll. Verlangt wird außerdem die „Beteiligung der Bürger und ihrer Organisationen (Gewerkschaften, Bürgerinitiativen etc.) an der Planung". Die Unterzeichner des Flugblatts erheben mit ihrer Unterschrift Einspruch gegen den energiepolitischen „Landesentwicklungsplan VI" der Landesregierung. Die Aussagen des Flugblatts entsprechen aufs Haar den „Energiepolitischen Vorstellungen der DKP".

Wem nutzt diese Kohle-Demo?

Betont wird von den Veranstaltern, daß sie „selbstverständlich" „den Standpunkt, daß die Energieversorgung unseres hochindustrialisierten Landes durch eine vorausschauende Planung" gesichert werden muß, unterstützen. Nun, so selbstverständlich ist das nicht, wenn nicht zumindest zwischen der Sicherung der Energieversorgung der Bevölkerung und den andersgearteten Interessen der Konzerne nach profitträchtigen Energiequellen unterschieden wird. Von den im Hintergrund bleibenden DKP-Initiatoren der Aktion könnte man diese Überlegung schon verlangen, da hier ein Interessengegensatz zwischen den Kapitalisten und den Werktätigen besteht. Aber weit gefehlt. So ist es denn auch kein Wunder, daß diese Demonstration durchaus nicht gegen die Energiekonzerne und deren Planer in der Regierung gerichtet ist, die derartige Aktionen eher begrüßen als fürchten müssen.

Denn alle Beteuerungen der Veranstalter (und der DKP), für mehr Sicherheit und mehr Umweltschutz einzutreten, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung gerade anders herum läuft: noch weniger Sicherheit, noch weniger Umweltschutz, das ist die Absicht der Energiekonzerne. Wer es also ernst meint mit Sicherheit und Umweltschutz, der muß dann auch sagen, wie er gegenüber dieser Entwicklung seine Forderungen durchsetzen will. Die DKP z.B. stimmt sofort begeistert zu, wenn irgendwo von Werktätigen oder Betriebsräten die Forderung nach einem Kohlekraftwerk für mehr Arbeitsplätze aufgestellt wird. Das ist bei einer Reihe gestoppter Kraftwerke der Fall (ein Verdienst der Bürgerinitiativen, die sich erfolgreich gegen mangelnde Sicherheit und Umweltschutz zur Wehr setzen). Das heißt: hier tritt offensichtlich ein Gegensatz zwischen Bürgerinitiativen und Beschäftigten auf, den die Kapitalisten geschickt ausnutzen. Den Bau von Kraftwerken begründen sie mit den Arbeitsplätzen, Bürgerinitiativen würden diese gefährden. Wird dann irgendwo entlassen, sollen daran Bürgerinitiativen schuld sein.

Die DKP versucht sich aus diesem Konflikt 'rauszuhalten, indem sie ihn zumeist verschweigt, obwohl ihre Sympathien in der Kohlefrage mehr jenen gehören, die den Kraftwerksbau fordern. Tatsache ist, daß dieser Gegensatz so lange im Bewußtsein bestehen bleibt, wie die Konzerne nicht sowohl für die Arbeitsplatzfrage, als auch für die Sicherheitsfrage verantwortlich gemacht werden.

Solange ein „selbstverständliches" Interesse an der Energiepolitik der Kapitalisten geäußert wird, ohne daß grundsätzlich deren Profitinteresse und Raubbau angegriffen werden, so lange müssen Bürgerinitiativen sogar als Störer bei der Energieversorgung und Arbeitsplatzschaffung scheinen. Die Energiekonzerne versuchen eifrig, diesen Eindruck zu erhalten. Die Gewerkschaftsführer unterstützen dies mit Hetze gegen Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Bittgängen für Kraftwerke, bei denen nicht die Energiekapitalisten angegriffen werden, sondern diejenigen, die nicht widerstandslos die Konzerne schalten und walten lassen.

Die Veranstalter der Münsteraner Demonstration müssen sich schon vorwerfen lassen, daß sie mit ihrer Aktion in dieselbe Kerbe hauen. Eine derartige Stoßrichtung, für mehr Kohlekraftwerke zu demonstrieren, kann den Energiekonzernen nur nutzen, haben sie doch ein Interesse daran, schnell und ohne den Ärger mit widersprechenden Bürgerinitiativen ihre Kraftwerke zu bauen.

„Demokratische Kontrolle"?

Der letzte Ausweg der DKP aus der Sackgasse der „konstruktiven" Kritik an den Plänen der Konzerne ist immer die „Mitbestimmung". So sollen beispielsweise Bürgerinitiativen und Gewerkschaften mitbestimmen. Wie das erfolgreich laufen soll, wenn z.B. die Gewerkschaften vertreten durch die Führungen gegen die Bürgerinitiativen scharf schießen, dazu kein Wort! Wem es nutzen soll, wenn Leute wie Adolf Schmidt auf einmal mitbestimmen dürfen, keine Antwort. Dieselben Führer der IG Bergbau, die hemmungslos den Aufbau von Kohlekraftwerken befürworten, die das Atomprogramm unterstützen, die sollen mitbestimmen? Jawohl, aber nicht auf unserer Seite, sondern auf der der Konzerne! Auf solche „Mitbestimmung" und „Kontrolle" können wir pfeifen.

Entkleidet man die Münsteraner Aktion ihrer vorgegebenen Ziele, bleibt unter dem Strich eine Stimme mehr, die fordert: schnell her mit den Kohlekraftwerken, und den Energiekonzernen geht es dabei nicht ernsthaft an den Kragen.

Die DKP täte gut daran, sich wirklich für optimale Sicherheit bei Kraftwerken und für eine ernsthafte Sicherung von Arbeitsplätzen einzusetzen, statt einen derartigen Scheinkampf zu führen.



▲ Wie sich die Bilder gleichen: Bergarbeiter fordern 1966 in Dinslaken gegen die Bürgerinitiativen den Bau des Kraftwerks Möllen...

... zehn Jahre später wiederholen Betriebsräte in Bergkamen das Spiel. ▼



Entwicklung des Steinkohlebergbaus

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich die westdeutschen Kohlezechen sehr bald wieder in der Hand der alten Monopole bzw. derjenigen Besitzer, die sie auch vor dem Kriege schon besessen hatten. Diese trafen Absprachen hinsichtlich der einheitlichen Preisgestaltung und der Fördermengen, so daß unter ihnen kein Konkurrenzdruck entstehen konnte.

Seit 1958 begann die Umstellung auf andere Energieträger, wie zunächst vorwiegend Erdöl, welches dem langfristigen energiepolitischen Konzept der BRD-Regierung und der Kapitalisten zufolge nach und nach die Kohle als Energieträger Nummer 1 verdrängen sollte. Verträge mit Erdöl-Förderländern hatten das Öl für die Kapitalisten billiger gemacht als Kohle.

Diese Umstellung hatte einen nachhaltigen Investitionsrückgang im Kohlebergbau zur Folge. Wurden 1950 noch 14% aller Industrie-Investitionen im Bergbau angelegt, so verringerte sich diese Rate auf fünf Prozent im Jahre 1965. In den Zechen wurde nun zunehmend »Raubbau« betrieben, d.h. es wurde nichts mehr erneuert und verbessert, so daß die Zechen mit steigendem Abbau verfielen und schließlich reif zur Stillegung waren.

1958 wurden Dr. H. Burckhardt Vorsitzender des »Unternehmensverbandes Ruhrbergbau«. Er hatte aus der Weimarer Zeit und der Nazi-Zeit umfangreiche Erfahrungen »anzubieten«, da er in diesen Jahren in großem Stil Rationalisierungen und Zechenstillegungen und Massenentlassungen durchgeführt hatte. Seine Aufgabe war es, trotz der mittlerweile eingeleiteten Zechenstillegungen ein Höchstmaß an Produktionssteigerungen (und damit Profitsteigerungen) durchzusetzen, indem er durch zunächst »vorsichtig eingeleitete« Entlassungen die Angst unter den Kollegen entfachte; so ließ sich ihre »Arbeitsmoral« (wie Kapitalisten eben diese Angst vor Entlassungen und Lohnkürzungen zu nennen belieben) steigern.

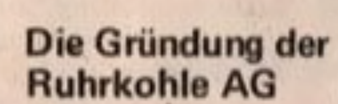
Mit dem Resultat seiner »Bemühungen« dürfte Herr Burckhardt sehr zufrieden gewesen sein: Von 1958 bis 1965 wurden von ehemals 153 Zechen 56 stillgelegt, im selben Zeitraum sank die Beschäftigtenzahl von 600.000 auf 390.000 um mehr als ein Drittel! Gleichzeitig wurde aber die Schichtleistung unter Tage nahezu verdoppelt: sie stieg von 1,6t pro Mann und Tag auf schließlich 2,7 t im selben Zeitraum! Die Gesamtförderung lag in den Jahren von 1958 bis 1964 bei gleichmäßig ca. 143 Mio. Tonnen.



Die letzte Schicht auf der stillgelegten DEA (Texaco)-Zeche Graf Bismarck. Die Kapitalisten kassierten 140 Mio DM Prämie dafür. Heute wird die Kohle der Graf Bismarck von der Ruhrkohle AG abgebaut, für die notwendigen Neuinvestitionen gab es staatliche Beihilfen.

Die Gründung der Ruhrkohle AG

1969: Ein wirklich »goldenes« Jahr für die Ruhrkohle-Kapitalisten! In diesem Jahr wurde ein sogenannter »Grundvertrag« zwischen dem Staat, der Kohleindustrie und der IG Bergbau abgeschlossen, der der Kohleindustrie z.B. Stillegungsprämien in märchenhafter Höhe aus Steuergeldern, fast zinslose Milliardenkredite und viele schöne Dinge mehr bescherte.



In diesem Jahr wurde (das hatte der »Grundvertrag« zum Gegenstand) aus den meisten alten Zechen die »Ruhrkohle AG« gegründet. Besonders wichtig war dabei, daß aus den alten »Gründergesellschaften« vor der Ruhrkohle-AG-Gründung alle gewinnabwerfenden Zweige, wie Grundbesitz, Bergarbeitersiedlungen, Großhandlungen und Kraftwerke ausgegliedert wurden. Sie hätten Gewinne ausgewiesen und damit die Verlustbilanz beeinträchtigt. »Verluste« aber mußten die in der Ruhrkohle AG zusammengeschlossenen Gesellschaften »nachweisen«, um Anspruch auf die »Investitions-Beihilfen« (angeblich wurden sie zu Schaffung neuer Arbeitsplätze gezahlt!) zu haben. Die »Verluste« waren, wie oben bereits ausgeführt, absichtlich herbeigeführt worden, indem man in den Zechen einfach keine Reparaturen mehr vornehmen ließ, was natürlich dazu führte, daß die Zechen vergammelten, der Kohlekapitalist sie aufgeben mußte und dafür dann die Investitionshilfe kassierte. Für die zahlreichen offenen und verschleierten Formen der Investitionshilfen seien drei Beispiele genannt:

— Von der »Bundesanstalt für Arbeit«, also aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, erhielt die Ruhrkohle AG 66 Mio. DM ohne Rückzahlungsfrist, ferner 5,2 Mio. DM als zinslosen Kredit. Damit sollten Arbeitsplätze gesichert werden, in Wirklichkeit aber wurden sie zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen verwendet.

— 1972 übernahmen der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen die sogenannten »Altlasten« (das sind die den Bergwerken auferlegten Kosten für z.B. Bergschäden, Pumpkosten, Pensionen für Bergleute usw.) in Höhe von rund zwei Milliarden DM.

— Eine weitere Form der Subventionen stellt die »Verstromungshilfe« dar. Für jede in Kraftwerken zur Stromerzeugung verbrauchte Tonne Kohle zahlt der Staat eine Prämie.

Erwähnen muß man in diesem Zusammenhang auch, daß sich die Ruhrkohle AG zu nahezu 60% in den Händen der Stahlkonzern-Aktionäre befindet, diese wiederum die Mehr-

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

heitsaktien an den meisten Energiekonzernen besitzen und die Kapitalverflechtung somit ziemlich vollständig ist. Fazit: Stahl- und Energie-Konzerne kaufen gewissermaßen »bei sich selbst« die Kohle — zu den denkbar günstigsten Tarifen und Bedingungen, versteht sich.

Von 1972 bis 1975 allein belief sich die Höhe der nur vom Land NRW an die Ruhrkohle AG gezahlten Subventionen auf 3,417 Milliarden DM.

Säuberungsaktion gegen Linke

Nur eine Kraft hätte den Ruhrkohle-Konzernen bei ihrem beispiellosen Profitstreben Einhalt gebieten können — wenn sie nicht vorher von den Unternehmern fast völlig ausgeschaltet worden wäre: die organisierte Belegschaft der Kohlezechen.

In den Jahren vor der Währungsreform (1948) hatten die Kohlearbeiter — zusammen mit ihren Kollegen aus vielen anderen Berufen — unter der Parole »Die Gruben in des Volkes Hand« die Enteignung der Schlüsselindustrien gefordert. Kommunisten waren zu dieser Zeit in den Betriebsräten oft die bewußtesten und führenden Kräfte. Nach 1948 begannen die Konzerne eine systematische Kommunistenjagd. Bis zum KPD-Verbot 1956 waren die meisten linken Kräfte von den Zechenbetrieben entlassen worden.

Parallel dazu werteten die Kohlekapitalisten die SPD-Gewerkschaftsführung vor den Kollegen auf. So führten bis zum Beginn der 60-er Jahre die Bergleute die Spitze der Industrie-Lohnskala an, außerdem gab es im Bergbau die niedrigsten Arbeitszeiten. Es gelang den Kapitalisten, bei den Bergarbeitern große Illusionen über den angeblich »sozialen« Charakter des Kapitalismus zu verankern, zumal diejenigen Kräfte, die zu einer Desillusionierung hätten beitragen können, längst hinausgesäubert worden waren. Als die Kampfbereitschaft der Kollegen nur noch äußerst gering war, konnten die Kapitalisten ihre Rationalisierungspläne ohne Störungen seitens der Arbeiter in Ruhe durchsetzen. Seit Beginn der 60-er Jahre sind die Löhne im Bergbau im Vergleich zu anderen Industriezweigen rückläufig. Trotzdem wurden noch 1961 bei den Betriebsratswahlen in einigen Betrieben »Linke Listen«, teilweise sogar gegen die »offiziellen« DGB-Listen, aufgestellt. Sie konnten namhafte Stimmenanteile auf sich vereinigen, so erhielt die oppositionelle Liste bei der Zeche »Rheinbaben« in Bottrop stolze 40% aller Stimmen! Die — unerwartete — Verankerung der Linken in den Betrieben erschien der DGB-Führung dermaßen gefährlich, daß sie ihrerseits an die (Adenauer-) Regierung den Vorwurf richteten, nicht rechtzeitig hart genug durchgegriffen zu haben!

Die IG Bergbau-Führung veranstaltete nun eine wahre Hetzorgie gegen linke Betriebsräte. Auf massives Betreiben der Gewerkschaftsführung wurden in der Folgezeit zahlreiche

staltete nun eine wahre Hetzorgie gegen linke Betriebsräte. Auf massives Betreiben der Gewerkschaftsführung wurden in der Folgezeit zahlreiche

Betriebsräte, die gegen die Gewerkschaftslisten kandidiert hatten, »wegen Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz« entlassen.

1959, zu Beginn der Zechenstillegungen, hatte sich noch einmal starker Widerstand der Arbeiter entwickelt. Der IGB-Vorstand sah sich genötigt, große Demonstrationen in den Ruhrgebietsstädten und in Bonn zu organisieren. Als sich für den Marsch auf Bonn 200.000 Kumpels (mehr als ein Drittel aller damals im Bergbau Beschäftigten!!!) angemeldet hatten, reduzierten die IGB-Bosse die Transportmittel, so daß nur 60.000 teilnehmen konnten. (Dieses »tolle Rezept« hat sich in den Augen der DGB-Bosse derart »bewährt«, daß es seitdem immer wieder angewandt wird.)

Der Fall Voerde – ein Gangsterstück der STEAG



Plakat gegen das Kohlekraftwerk in Vörde

Obwohl in das Kohlekraftwerk Voerde bereits über 100 Mio.DM verbaut wurden, gelang es der dortigen Bürgerinitiative, den Bau vorerst zu stoppen. Das Gericht hatte dem Einspruch in 1. und 2. Instanz Recht gegeben. Dennoch beharrten STEAG und RWE, die das Kraftwerk gemeinsam geplant haben, auf dem Bau des Kraftwerks, obwohl in dieser Gegend schon heute die gesetzlich zugelassene Luftverpestung überschritten wird.

Gerade bei dieser Auseinandersetzung ist deutlich geworden, daß die Kraftwerkbetreiber lieber mit Chicagoer Gangstersyndikatsmethoden arbeiten, als einen Handschlag für den Umweltschutz zu tun.

Ende 1965 lehnte der Gemeinderat auf Druck der Bevölkerung den Erwerb für das Grundstück zum geplanten "Gemeinschaftskraftwerk" an dem die Essener Steinkohle AG (STEAG), die Hüttenwerke Oberhausen AG (HOAG) und sechs weitere Gesellschafter beteiligt sind, mit 26 gegen 5 Stimmen ab. Die „Interessengemeinschaft gegen gefährliche Industrieanlagen" hatte sich gegen das Riesenkraftwerk im Raum Dinslaken ausgesprochen. Nach ihren Berechnungen wirft es täglich (!) 720000 kg Schwefeldioxid aus und spricht zu Recht von einer „Massenvergasung" der Bevölkerung. So recherchierten G Wallraff und Jens Hagen in ihrem Buch „Was wollt ihr denn, ihr lebt ja noch" an Hand von geheimen Industrieakten die Machenschaften der STEAG

Kaum war das Flugblatt erschienen, ließ die STEAG überprüfen, ob es sich bei den beteiligten Ärzten um Mitglieder der Knappschaft handle, um eventuell Druck über die Zechengesellschaften ausüben zu können. So dauerte es auch nicht lange, bis die STEAG ehemalige KZ-Häftlinge aufgetrieben hatte, die sich in bestellten Leserbriefen gegen das Wort „Massenvergasung" aussprachen Wörtlich „*Wer nämlich Massenvergasung und KZ gleichsetzt, der hat anscheinend kein Gefühl dafür, daß man nicht so über Verbrechen unserer (!) Vergangenheit sprechen sollte*" („Generalanzeiger" 12 1 66)

Dann wurden Besichtigungsfahrten für Journalisten und Politiker zu anderen Kraftwerken organisiert, um deren „Ungefährlichkeit" zu beweisen

In einem Vermerk der Firmenleitung an den Vorstand heißt es dazu „*Wir müssen damit rechnen, daß die Kraftwerkgegner vorher oder hinterher die umliegenden Bewohner befragen. Das sind ausschließlich Bergleute, aber sie müssen vorbereitet sein... Die Kumpel müssen den Eindruck bekommen, daß man sie und ihre Arbeit nicht mag und daß man ihre Sorgen nicht versteht. Dann werden sie die richtigen Antworten schon geben*" (aus Wallraff, Hagen „Was wollt ihr denn .. ").

Um die Protestversammlung der „Schutzgemeinschaft gegen Luftverschmutzung, Dinslaken" am 24.1.66 in den Griff zu bekommen, werden von der Industrie eine Reihe von Bergleuten dorthin „mobilisiert", die schon lange vor Beginn der Bürger-Protestversammlung die meisten Plätze besetzen.

Am Ende der Versammlung erhält jeder Bergmann von einem Unbekannten je einen 20-Markschein für ihre Mühe in die Hand gedrückt Dabei geriet er auch an einen falschen Die STEAG versuchte die Angelegenheit wie folgt herunterzuspielen. „... *es sei doch sowohl bei der Gewerkschaft wie auch bei Großbetrieben üblich, daß Versammlungsteilnehmer nach Schluß der Veranstaltung ein ‚bescheidenes Trinkgeld' erhielten. Einige Gläser Bier seien doch noch keine Bestechung*" (Westfälische Allgemeine Zeitung, "WAZ" vom 19.2.66).

Doch damit nicht genug.

Der für diesen Artikel verantwortliche Redakteur Holfred, der bis zuletzt über die Kämpfe der Bürgerinitiative positiv berichtet hatte, wird fertiggemacht In einer geheimen Industrieakte heißt es hierzu: „*Hol. Falschmeldungen über dritte Personen zukommen lassen.*" So blieb nicht aus, daß er wegen ungenauer und falscher Berichterstattung in die öffentliche Kritik geriet Heute befindet sich der Redakteur in einer psychatrischen (!) Klinik Die STEAG hat ihn auf dem Gewissen. (Nach G Wallraff, „Neue Reportagen, Untersuchungen und Lehrbeispiele" , S. 147).

Jetzt tauchten auch die ersten Berichte von den Besichtigungsfahrten zu den verschiedenen Kohlekraftwerken auf Ein Teilnehmer, der Kreismedizinalrat Dr Overbeck vom Dinslakener Gesundheitsamt (!) meinte nach der Besichtigung: „*Er hält die Emissionen des Kraftwerkes bei Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften für den einzelnen Menschen für weniger gefährlich, als wenn einer eine Zigarette raucht*" (Rheinische Post, 25.2.66, Dinslaken, „RP")

So gaben die weiteren Voerder Ratsmitglieder folgende Kommentare „*Keine Belästigung durch das Kraftwerk*". Bürgermeister Schmitz meinte gar „*Wir sollten als Gemeinde froh sein, wenn das STEAG-Kraftwerk nach Voerde kommt.*" (RP, Dinslaken, 25.2 66)

Demgegenüber stellt der Ingenieur Hans Bassfeld, Hauptinitiator der Bürgerinitiative fest „*Wir erwarten auch kein objektives Gutachten der Landesanstalt für Immissionsschutz, da die STEAG alles versuchen wird, dieses Gutachten zu beeinflussen. Die Verteilung von Schmiergeldern liegt in der gleichen Richtung, sowie eine kostenlose Besichtigung des kleineren Kraftwerkes Main durch die Ratsherren der Gemeinde Voerde. Die Besichtigung dient einzig und allein der Beeinflussung der Ratsherren*" (WAZ, 24.2.66).

Der Ing. H. Bassfeld ging noch weiter, er kaufte sich kurzer Hand für ca. 12.000 DM ein Meßgerät, und ließ es von „*der Landesanstalt für Immissionschutz und Bodennutzung abnehmen (so daß es sich von den amtlichen Geräten nicht unterschied) und kommt seitdem in der Regel zu anderen Ergebnissen als deren amtliche Apparaturen*" (WAZ, 11.1.73).

An die staatliche Gewerbeaufsicht Duisburg schrieb er bei Immissionsüberschreitungen per Telegramm: „*Die ganze letzte Nacht Schwefeldioxidüberschreitungen bis 2,2 Milligramm mit einer neuen Woesthof Meßbrücke. Meine Frau hat in der Nacht Bronchitis Anfälle bekommen. Ich bitte um sofortige Untersuchung*", *25.1.71, 7.45 Uhr.* So schickte er noch mehrfach Telegramme, in denen er eine 100 bis 200 %ige (am 12.3 71) Schwefeldioxidüberschreitungen feststellen konnte (in Wallraff/Hagen).

Am 8.3.66 beschloß der Gemeinderat Voerde mit 22 gegen 9 Stimmen der STEAG das gewünschte Baugelände zu Verfügung zu stellen In den Akten der STEAG heißt es hierzu: „*Dadurch hatte die STEAG rund 250 Mio. DM gespart, weil sie nunmehr direkt am Rhein bauen konnte...*" (Wallraff, „Neue Reportagen...", S. 148)

Doch die Bürgerinitiative blieb hart. Alle Zermürbungsversuche der STEAG waren bisher vergeblich. Dennoch haben die Kraftwerksbetreiber nicht aufgegeben nach der „*Bestürzung über das Urteil in Sachen Voerde*" hoffen sie auf das „*stark gebesserte... Klima für den Bau von Kohlekraftwerken*" in NRW (Zitate aus „FAZ" 13 6 77)

Kraftwerksbau Möllen – ein Verbrechen

Mißbrauch der Macht

Mißachtung des Lebens und des Individuums durch den Bau des Riesenkraftwerkes. Existentielle Bedrohung des einzelnen in seinem Dasein!

In einem Schreiben der BP-Raffinerie in Bucholtwelmen an das Gewerbeaufsichtsamt wird darauf hingewiesen, daß Schadensersatzansprüche der Bevölkerung nicht ausbleiben werden, da die Schwefeldioxyd-Grundbelastung durch Inbetriebnahme des STEAG-Kraftwerkes sich entscheidend erhöhen wird.

Dennoch garantiert in einer gewissenlosen Art Dr Barking auf Veranstaltungen die Unschädlichkeit der Rauchgase durch die eingebauten Filter Hier bedient er sich der arglistigen Täuschung, um das Verbrechen an unserer Bevölkerung zu realisieren.

Bis auf den heutigen Tag gibt es noch keine Filter, um die giftigen Schwefeldioxydgase abzufangen. Zum Spott wird uns ein solcher Mann auch noch als CDU-Spitzenkandidat präsentiert.

Nach neuesten Erkenntnissen erfolgt eine erhöhte Krankenhauseinlieferung, wenn der Schwefeldioxyd-Gehalt der Luft auf 0.4 mg angestiegen ist. Scharfer Anstieg der Sterblichkeit ab 0.7 mg. Bedroht werden wir von der ersten Ausbaustufe der STEAG mit 2 mg!

Unzählige Tote durch die Luftverpestung hat das Ruhrgebiet bis auf den heutigen Tag zu beklagen, die aber mit dem Mäntelchen der Verschwiegenheit zugedeckt werden

Kernstück unserer sozialen Sicherheit ist die Gesundheit! Alle gegenteiligen Erklärungen sind Phrasen!

Können in unserem Staat drohende Gefahren nur mit dem Wurf von faulen Tomaten und Pflastersteinen bekämpft werden?

Interessengemeinschaft gegen gefährliche Industrieansiedlungen

---

Kontaktadressen des KB
Schleswig/Holstein Niedersachsen Hessen Darmstadt

Kontaktadressen des KB

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 07 75 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr

Kappeln
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do/Fr von 16 bis 18 Uhr

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr

Schleswig
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
Postfach 102902
28 Bremen

Westberlin
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 18 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr

Emden
2970 Emden

Göttingen
34 Göttingen

Hannover
3 Hannover

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 094
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 490
314 Lüneburg
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30

Bochum
463 Bochum

Duisburg
41 Duisburg

Essen

Mönchengladbach 2
4050 Mönchengladbach

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt

Frankfurt
6 Frankfurt a.M. 90

Kassel
35 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
78 Freiburg

Heidelberg

Karlsruhe
75 Karlsruhe

Pforzheim

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch

Fürth

Landshut
83 Landshut

Nürnberg
Postfach 190 472
85 Nürnberg 15
10.30 bis 12.30 Uhr

Regensburg

Über die Methoden der STEAG bei ‚Industrieansiedlungen' und speziell im Umgang mit Bürgerinitiativen informiert das Buch von Günter Wallraff und Jens Hagen, „**Was wollt ihr denn, ihr lebt ja noch**", **rowohlt-Verlag, Hamburg 1973.** Das Buch behandelt den (bisher erfolgreichen) Kampf der Bevölkerung gegen ein Kohlekraftwerks-Projekt der STEAG in Voerde

Das Millionending von Bergkamen — kapitalistischer Alltag

Es paßte wie bestellt: Eine „Bürgerinitiative" hatte sich bestechen lassen. Mit 1,5 Millionen. 20 000 pro Nase, je 40 000 Mark für die drei Sprecher der „Bürgerinitiative". Kein Wunder, daß der „Skandal" tagelang die bürgerliche Presse beschäftigte und vielfache Gelegenheit bot zu bissigen Seitenhieben gegen „Bürgerinitiativen" allgemein, speziell natürlich gegen die Anti-AKW-Bewegung.
Am Ende werden die Leute von der Bergkamener „Bürgerinitiative" wohl kein Geld sehen, sondern müssen noch froh sein, wenn die inzwischen gegen sie eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen versuchter Erpressung nicht zu einer Verurteilung führen.
Das Ganze ist ein klassisches Lehrstück in Sachen Kapitalismus, und es lohnt sich, dabei auch einige Details näher zu betrachten, die nicht gerade im Mittelpunkt der bürgerlichen Berichterstattung standen.

Die Geschichte begann damit, daß die STEAG, Tochtergesellschaft der Ruhrkohle AG, vor drei-vier Jahren das Projekt eines Kohlekraftwerks unmittelbar am Rande des Bergkamener Stadtteils Heil ins Auge faßte. Die Ruhrkohle AG erreichte von der Stadtverwaltung die Zustimmung zu diesem Projekt, indem sie drohte, anderenfalls ihre Zeche „Monopol" bei Bergkamen stillzulegen und die 3 000 dort beschäftigten Arbeiter zu entlassen („Welt", 7.5.)

Solche Tauschgeschäfte sind im Kapitalismus normal. Niemand wird die Ruhrkohle AG deswegen der Erpressung schelten wollen. Dabei drückte die Stadtverwaltung offenbar, was Umweltschutz-Bestimmungen angeht, beide Augen zu. Selbst die „Frankfurter Allgemeine" („FAZ") räumt ein: „An guten Gründen für den Umweltschutz hat es gerade hier zwischen Ruhr, Emscher und Lippe keinen Mangel" (2.5.77). Schwefel und Kohlendioxyd sollen durch das geplante Kraftwerk die Luft zusätzlich verpesten, und einige Bewohner von Heil werden wohl auch zum Wegziehen gezwungen sein.

Es gründete sich also eine „Initiative gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerks", mit zunächst etwa 230 Mitgliedern. Als sich die Auseinandersetzungen hinschleppten, bildete die örtliche SPD schließlich eine Arbeitsgruppe, die in Heil von Haus zu Haus zog und die BI-Mitglieder beschwatzte, im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze usw.usf. ihren Einspruch zurückzuziehen. Das mögliche Risiko hoher Prozeßkosten tat ein Übriges, so daß am Ende nur noch 72 Mitglieder übrig blieben.

Am 10.1.77 erteilte das Gewerbeaufsichtsamt Soest daraufhin die Genehmigung für den Kraftwerksbau. Am 7.2. legte die BI Widerspruch dagegen ein. Es begannen Verhandlungen zwischen STEAG-Ruhrkohle AG, „Bürgerinitiative" und Stadtverwaltung. Am 12. 3. kam es zur „Einigung", **„weil der STEAG-Vorstand unmißverständlich erklärte, wenn die Einsprüche nicht an diesem Tag zurückgezogen werden, sei das Projekt gestorben"** (Stadtdirektor Brüggemann, SPD, lt. „Welt", 7.5.). Auch dies wird niemand der STEAG als Erpressung auslegen wollen. Denn so ist's halt im Kapitalismus Sitte.

Es kam dann das folgende Geschäft zustande: 1,5 Mio. zur Verteilung an die verbliebenen 72 Mitglieder, 400 000 Mark zur „Abfindung" der übrigen 623 Bewohner von Heil, 600 000 Mark an die Stadt Bergkamen, *„für Infrastrukturmaßnahmen, die der gesamten Bevölkerung zugute kommen würden"* („Rhein. Post", 4.5.), zusammen 2,5 Mio Mark. Außerdem soll die STEAG auch eine „Anliegergemeinschaft" bereits mit 800 000 Mark entschädigt haben, so daß sich eine Gesamtsumme von 3,34 Mio Mark ergibt („Westf. Rundschau", 2.5.). Für die STEAG-Ruhrkohle AG ist selbst diese Summe nur ein Trinkgeld, gemessen an den geschätzten Baukosten des Kraftwerks, die mit 1,3 Milliarden („Welt", 2.5.) bis 1,5 Milliarden („Süddt. Zeitung", 3.5.) angegeben werden – die Abfindungssumme macht also noch nicht einmal ein halbes Prozent der Investitionskosten aus. Daß die STEAG diesen kleinen Einsatz vielfach durch Investitionshilfen des Staates, Steuererleichterungen, Kreditvergünstigungen usw. wieder herein bekommt, gehört zum Geschäft. Man wird auch dies weder Bestechung noch Erpressung nennen dürfen, denn daß der bürgerliche Staat die Kapitalisten reichlich dafür belohnt, damit sie „Arbeitsplätze schaffen", gehört zu den Selbstverständlichkeiten dieses Systems.

Nun, das Abkommen zwischen der STEAG, der Stadtverwaltung und der BI – nachträglich als „Bestechungsskandal" usw. bezeichnet – war geschlossen, und die SPD-Stadtverwaltung sollte als ehrlicher Hehler die Verteilung und Auszahlung der Gelder übernehmen, die von der STEAG zunächst auf ein Sperrkonto gezahlt wurden. Damit die Sache nicht raus kam, soll zwischen allen Beteiligten *„bei Zustimmung zu einer Konventionalstrafe von 100 000 Mark bei Zuwiderhandlung absolutes Stillschweigen vereinbart worden"* sein („Ruhrnachrichten", 3.5.).

Am 2.Mai sollte vereinbarungsgemäß Zahltag sein. Die CDU war zwar über das Geschäft informiert, legte sich aber plötzlich quer: Bei „interfraktionellen Gesprächen" am 22. und 26.April sprach sich die CDU gegen eine Auszahlung aus. Stadtdirektor Brüggemann von der SPD wollte zunächst zur Absicherung nicht bloß einen Mehrheitsbeschluß (die SPD hat in Bergkamen die absolute Mehrheit), sondern einen einstimmigen Beschluß. Als aber auch ein Treffen am 28.April kein Ergebnis brachte, soll der SPD-Fraktionsvorsitzende Avemann erklärt haben: **„Wir zahlen aus"** (lt. „Hellweger Anzeiger", 5.5.

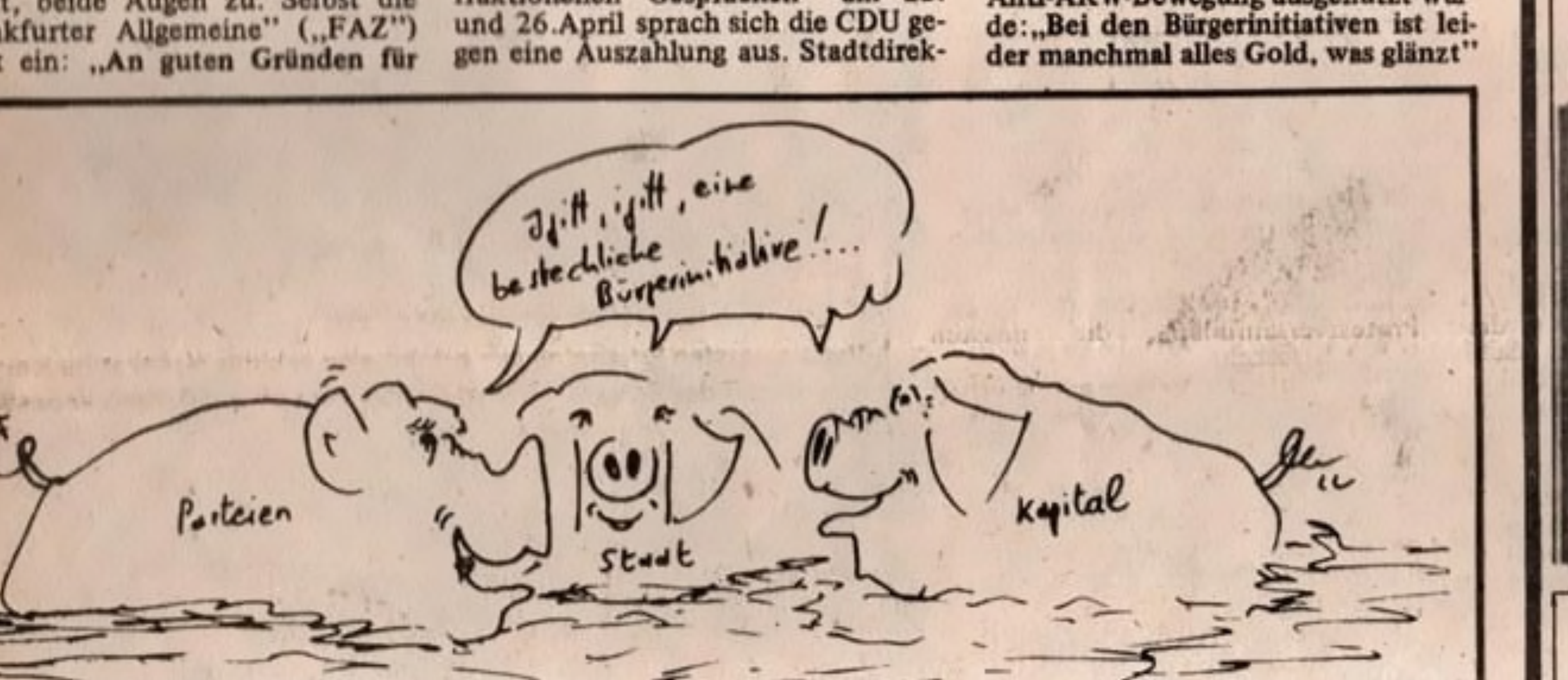
Zwei Tage später war der „Skandal" da. Gezielt informiert und auf den Weg gebracht, „enthüllte" eine Lokalzeitung die „Bestechungsaffäre". Dies war am Sonnabend. Und am Montag drauf, 2.Mai, dem ursprünglich vereinbarten Zahltag, war der „Skandal" der Aufmacher der bundesdeutschen Tagespresse. Das scheinheilige Gezeter der gesamten bürgerlichen Szene, das daraufhin einsetzte und tagelang nicht verstummte, ist bekannt. Die SPD-Stadtverwaltung freilich bestätigte sich selbst, sie habe sich *„im Interesse von 11 000 Arbeitsplätzen nicht anders verhalten können". „Die SPD billigt dieses Vorgehen jedenfalls mit allen Konsequenzen"*, erklärte der selbst in der Sache engagierte Fraktionsvorsitzende Avemann, während er die „Bürgerinitiative" als *„Verein für legale Erpressung"* bezeichnete („Hellweger Anzeiger", 5.5.). Sein Stellvertreter Beckmann wetterte gar: *„Wenn Leute, deren Studium auch mit unseren Steuergroschen finanziert wird, so etwas tun, dann muß man sie voll zur Verantwortung ziehen. Solchen Leuten muß das Handwerk gelegt werden!"* („Hellw. Anzeiger", 6.5.). Auch die Gewerkschaftsbosse waren voller Verständnis für die Stadtverwaltung und voller „Empörung" über die BI. IG Bergbau und Energie-Vorstandsmitglied Alker dankte der Stadtverwaltung **„*für die Rettung und Sicherung von 11.000 Arbeitsplätzen.*"** IG-BE-Sprecher Niggemeier erklärte: *„Die IG Bergbau dankt dafür, daß die Einsprüche ausgeräumt wurden, unter welchen Umständen das geschah, entzieht sich unserer Kenntnis"* („Hamburger Abendblatt" 3.5.). Dafür warf IGBE-Vorstandsmitglied Grüner der BI *„Chicagoer Gangstermethoden"* vor und meinte: *„Wer mit Tausenden von Arbeitsplätzen spielt, hat sich damit außerhalb der Gemeinschaft gestellt"* („Hellweger Anzeiger" 5.5.).

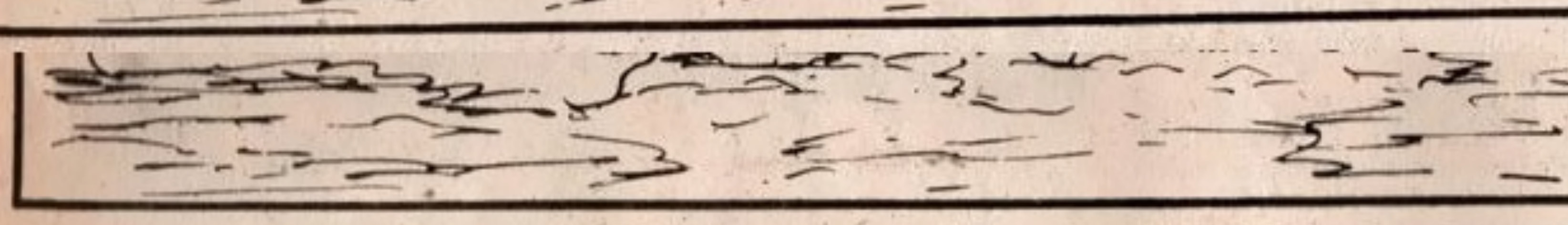
Nur die CDU brach den Konsens und wollte den „Skandal" zusätzlich noch zur Stimmungsmache gegen die SPD benutzen. Dazu bemerkte die stockreaktionäre „FAZ" nur souverän: **„Daß die opponierende CDU von einem Skandal spricht, wird man pflichtgemäßes Rollenspiel nennen können"** (2.5.).

Peinlichkeit am Rande, daß auch der stellvertretende Ortsvorsitzende der SPD von Heil, Dirk Wörner, unter den „gekauften" BI-Mitgliedern ist, was den Bürgermeister Kook in heiligem Zorn ausrufen ließ: *„Raus mit dem Mann"* („Welt" 5.5.). Nicht für die bürgerliche Presse interessant war dagegen die Tatsache, daß offenbar die gesamte SPD-Partei- und Verwaltungsbürokratie von Bergkamen aufs engste mit der Ruhrkohle AG verfilzt ist – über Betriebsratposten, Aufsichtsratposten usw. Sofern auch die CDU anteilig am Kuchen beteiligt ist (woran kaum zu zweifeln ist) handelt es sich bei diesen Dingen nicht etwa um Korruption, sondern um die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital, womöglich gar um qualifizierte Mitbestimmung.

Der ganze „Skandal" wäre für die Bourgeoisie kaum fruchtbar, wenn er nicht massiv gegen die Bürgerinitiativen insgesamt, vor allem gegen die Anti-AKW-Bewegung ausgenutzt würde: **„Bei den Bürgerinitiativen ist leider manchmal alles Gold, was glänzt"** („Welt" 3.5.). Der Bogen zu den „Chaoten" war im Handumdrehen geschlagen: *„Berufs-Umweltschützer, korrupte Umweltschützer, die sich ihren Protest für 40 000 Mark abkaufen lassen, sind ganz offensichtlich genauso eine Gefahr für die urplötzlich zu einem politischen Faktum gewordene Bürgerrechtsbewegung wie ihre Unterwanderung durch linksradikale Gruppen"* („Welt", 3.5.). Mit meisterhaft gespielter Naivität fragte die „Welt": *„Machen es andere Städte genauso? Werden die Unternehmen, die Energie und Arbeitsplätze im allgemienen Interesse schaffen sollen, grundsätzlich erst einmal ausgenommen? Um dann noch, womöglich als Korruptionäre beschimpft zu werden? Eine Überprüfung tut not"* (5.5.). Wenn schon ein Unternehmen so hochherzig ist, dort Arbeitsplätze zu schaffen, „dann müsse auch von den Bürgern dieser strukturschwachen Region Einsicht erwartet werden" („Welt" 2.5.), daß sie noch mehr Gift schlucken müssen. Offen verkündet die „Welt" gar, der ganze Ärger sei bloß *„verursacht durch ein Emissionsschutzgesetz (Gesetz über den Ausstoß giftiger Stoffe - Anm. AK)"*, das die Gesellschaft für jeden erpreßbar macht". (7.5.). Konsequenzen sind schon in Vorbereitung: NRW's Arbeits- und Sozialminister Fahrtmann kündigte Initiativen der Regierung an, um die rechtliche Unsicherheit bei solchen Bauvorhaben zu beseitigen oder zu mildern". Er schlug vor *„das Oberverwaltungsgericht als einzige Tatsacheninstanz in solchen Verfahren einzuführen"* („SZ" 13.5.). D.h., das Genehmigungsverfahren soll stark vereinfacht werden, „Fehlurteile" durch die unteren Instanzen sollen ausgeschaltet und das ganze Verfahren abgekürzt werden.

Wie gesagt, das alles ist ein kleines Stück konkreter Kapitalismus.





Bestellungen bei
Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2 000 Hamburg 50
Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20

Portokosten gehen zu lasten des Empfängers; pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg–BLZ 200 800 00–Kto. 451 83 78
oder
Postscheckamt Hamburg–BLZ 200 100 20–Kto. 240 59 03
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.



POLIZEITERROR GEGEN AKW–GEGNER

Berichte, Dokumente und Bilder vom 19. 3. in Grohnde und 19.2. in Brokdorf
Format A 4 + DM 2,– + 40 Seiten + Herausgeber: Verlag Arbeiterkampf

Veröffentlichungen verschiedener Bürgerinitiativen:



AUSSCHLUSS AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT ?
Kriminalisierung eines AKW-Gegners:

Dokumentation der Bürgerinitiative „Angestellte gegen AKW's"
Format A 5 + DM 2,– + 36 Seiten
Aus dem Inhalt:
– Dokumente, Flugblätter, Anklageschrift; der Versuch von rechten Betriebsräten und Gewerkschaftern aus der Gew. HBV im DGB, einen Betriebsrat und AKW-Gegner zu kriminalisieren.
– Banken und AKW's
– Gewerkschaften und AKW's

Frauen gegen Atomkraftwerke

FRAUEN GEGEN ATOM–KRAFTWERKE

Herausgegeben vom Frau-



FRAUEN GEGEN ATOM–KRAFTWERKE

Herausgegeben vom Frauenarbeitskreis der BI Barmbek (Mitglied der BUU Hamburg)
Format A 4 + DM 1,20 + 15 Seiten
Aus dem Inhalt:
– Das Beispiel Seveso
– Kampf der Frauen von Wyhl
– In Wyhl, Brokdorf, Grohnde und auch anderswo: Frauen gemeinsam sind stark !!



ATOMENERGIE UND ARBEITSPLÄTZE

Eine Auseinandersetzung mit den Thesen des DGB-Vorstandes und der Atomindustrie
Herausgegeben von der Bürgerinitiative Chemiekollegen gegen AKW, Mitglied der BUU Hamburg
Format A 5 + DM 2,– + 62 Seiten
Aus dem Inhalt:
– Schaffen oder Vernichten AKW's Arbeitsplätze ?
– Billiger Atomstrom ?
– Schafft die Folgeindustrie Arbeitsplätze ?
– Der DGB entschied sich: pro Atomkraft contra Widerstand in Betrieb und Gewerkschaft

Keine Kokerei 4/8 in Duisburg-Hamborn

Duisburgs Norden ist die Gegend mit der höchsten Industrieabgas-Quote in Westeuropa. Das haben zahlreiche über längere Zeiträume durchgeführte Messungen ergeben. Niedrigere Lebenserwartung, höhere Säuglingssterblichkeit und vermehrtes Auftreten von unheilbaren Krankheiten (vor allem Lungen- und Hautkrebs), als im übrigen Bundesdurchschnitt sind die Folgen einer Industriezusammenballung, die ihresgleichen sucht. Stahlindustrie (Thyssen) und chemische Großbetriebe „wetteifern" miteinander um den höchsten Ausstoß an Gift- und Schadstoffen. Sehr gut im „Rennen" liegt dabei seit jeher die Kokerei „Friedrich Thyssen 4/8" an der Grenze zwischen den Duisburger Stadtteilen Hamborn, Beeck und Meiderich.

In einer Kokerei wird — stark vereinfachend beschrieben — aus Steinkohle Koks gewonnen. Diesen Koks benötigt man u.a. zum Betrieb der Hochöfen. Bei dem Umwandlungsprozeß von Steinkohle zu Koks werden in der Steinkohle enthaltene Schadstoffe freigesetzt und gelangen z.B. in der Form von Kohlenmonoxid oder Schwefeldioxyd an die Luft — wenn sie nicht durch eingebaute Filteranlagen zurückgehalten werden.

Um herauszufinden, ob der Neubau einer Industrieanlage gerechtfertigt ist, erstellt der TÜV Gutachten z.B. über die Luftverschmutzung, die die alte Anlage verursacht. In einem dieser Gutachten zeigte sich, daß die gesetzlichen Grenzwerte bis zum 15-fachen überschritten werden. Dabei ist noch anzumerken, daß es bei einigen Duisburger Industriebetrieben seit langem Praxis ist, tagsüber, wenn die Meßtrupps unterwegs sind, die Schadstoffe zurückzuhalten, um sie nachts, wenn nicht gemessen werden kann, in konzentrierter Form in die Atmosphäre zu blasen — ein Vorgang, den jeder im Norden Duisburgs ansässige Einwohner bestätigen kann! Da sich die Schadstoffe einer Kokerei auf einem flächenmäßig großen Gebiet niederschlagen, schreiben die Gesetze einen Mindestabstand zwischen Kokerei und Wohnhäusern von 1,5 km vor. Diese gesetzliche Vorschrift ist bei der von der Ruhrkohle AG betriebenen Kokerei 4/8 niemals eingehalten worden, was bereits ein flüchtiger Blick auf den Stadtplan zeigt.

Die Ruhrkohle AG plant, die alte, seit ca. 80 Jahren in Betrieb befindliche und technisch nicht erneuerte Kokerei durch einen Neubau an ziemlich der gleichen Stelle zu ersetzen.

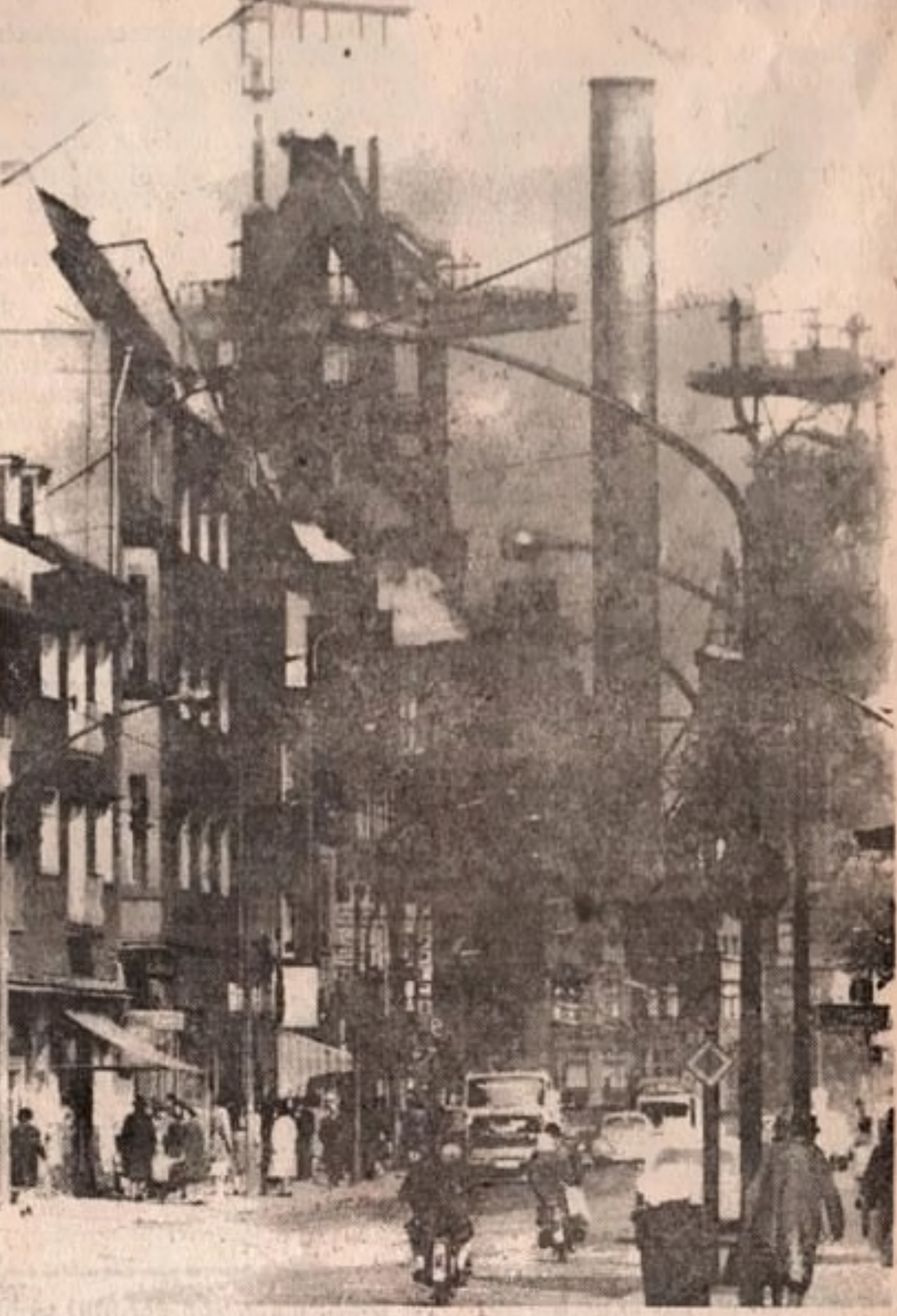
Gegen die Errichtung dieses Neubaus an gleicher Stelle erhob der stellvertretende Leiter des Hamborner Bezirksamts, Horst Mohr (SPD), Ein-
vertretende Leiter des Hamborner Bezirksamts, Horst Mohr (SPD), Ein-
spruch. Er forderte die Senkung der Emissionen um 50% und schlug die Verlegung des Neubaus an eine andere Stelle vor, die von den Wohngebieten weiter entfernt liegt (»Neue Ruhr Zeitung«, 12.1.77). Seinen Einspruch unterschrieben nach und nach 344 Bürger. Es war quasi das erste Mal überhaupt, daß sich im Duisburger Norden größerer Widerstand gegen Luftverschmutzung und Umweltzerstörung formierte!

Theaterkomödie zur Durchsetzung der Kokerei

Unterschriften hatte indessen auch der Betriebsratsvorsitzende der Kokerei 4/8, Mandred Schmidt, gesammelt: An die 2.000 Kollegen hatten sich für die Errichtung eines Neubaus an der gleichen Stelle ausgesprochen. Grund: Sie fürchteten um den Bestand ihrer Arbeitsplätze, falls die Genehmigungsbehörde dem Einspruch stattgeben würde. In einer Flugblatt-Aktion hatte der Betriebsrat eine Spaltung der »Initiative Kokerei 4/8« versucht. Während den meisten Einsprechern »faire Mitarbeit« bescheinigt wurde, nahm man die »wenigen kompromißlosen Einsprecher« unter scharfen Beschuß: *»Sie wollen Arbeitsplätze im Duisburger Norden vernichten!«* Der Umweltschutzdezernent Ebert wurde gar verdächtigt, mit den »kompromißlosen Gegnern« (die an anderer Stelle als »Chaoten« diffamiert worden sind!) Hand in Hand zu arbeiten (Zitate nach »Westdeutsche Allgemeine Zeitung« vom 3.5.77).

Maßgebliche Schützenhilfe erhielten die Neubau-Befürworter von der Kokerei-Besitzerin Ruhrkohle AG, die für ihre Neubau-Pläne stets in der Öffentlichkeit mit dem Argument: »Arbeitsplätze müssen erhalten werden« warb, obwohl, wie H. Mohr zu berichten wußte, sie *»ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht (habe), daß nach einer Kapazitätsausweitung in Hamborn an anderer Stelle Stillegungen erfolgen würden«*. Mohr damals: *»Nach meinen Schätzungen stehen daher 700 bis 800 Arbeitsplätze auf dem Spiel«* (alle Angaben nach »WAZ« vom 5.1.77).

Im folgenden begann dann eine der üblichen Komödien, die Proteste abzuwürgen. Zunächst erklärte die Stadt einen Standort außerhab Duisburgs (Alsum) zur Entscheidung. Thyssen sprang zum Schein an. Zum Sinn dieses Spiels: Man bringt einen »umweltfreundlichen« Standort ins Gespräch, bei welchem von vornherein klar ist, daß niemand der am Geschäft Beteiligten sich für diesen Standort (Alsum) im Ernst interessiert. Der Öffentlichkeit gaukelt man ein »breites Spektrum der Meinungen« vor, welches von »entschiedener Ablehnung« (SPD-Ortsverein Meiderich) des Hamborner bis zur »Wohlwollenden Überprüfung« (SPD-Wieczorek) des Alsumer Standortes reicht, aufgrund dessen Entschlüsse »nach hartem internem Ringen« fallen. Und dies alles, damit die »Einsprecher ihren Widerstand nicht aufrecht erhalten«.


Zeche in Duisburg-Hamborn

Die ganze Verantwortung lastet nun auf den Ratsmitgliedern, denn *»Entscheidungen in dieser Frage ... können nur von den gewählten Vertretern der Bürgerschaft getroffen werden«* (SPD-MdB Schluckebier, nach »Neue Ruhr Zeitung« vom 6.5.77). Doch merke: Nicht jeder Spielberechtigte ist auch stimmberechtigt; denn *»es gibt in Duisburg viele Ratsherren, die ihre Brötchen bei Thyssen oder Ruhrkohle verdienen oder gar in Aufsichtsräten sitzen«* (Oberbürgermeister Krings, SPD, nach »NRZ« vom 1.6.77). Gegen diese könnte möglicherweise ein Befangenheitsantrag gestellt werden, was dem Ganzen zum Schluß einen unschönen Akzent aufsetzen würde.

So stimmte man, »in tiefer Besorgnis um die Arbeitsplätze der Kollegen«, für den Kokerei-Neubau in Hamborn. Aus der Rolle fiel nur FDP-Ratsherr Widera, der sich nicht schämte zu enthüllen, was SPD, CDU und der Betriebsrat so schön verborgen hatten: *»Die neue Kokerei werde 150 Mitarbeiter weniger beschäftigen als die alte und außerdem in anderen Städten Arbeitsplätze vernichten. Auch bleibe es bei der Grenzwertüberschreitung durch Schadstoffe, weil die Minderung des Auswurfs nicht erheblich niedriger sein werde«* (»Rheinische Post«, 14.6.77).

Bliebe zum Schluß noch eine Sonderrolle nicht zu übersehen: Die Unterschriften gegen den Neubau der Kokerei 4/8 hatte dereinst Sozialdemokrat Horst Mohr gesammelt und eingebracht; jener Mohr, der bekanntlich seine Schuldigkeit irgendwann einmal getan hat und dann gehen kann. Horst Mohr konnte am 24.5.77 gehen. In der »WAZ« vom 25.5.77 stand über seinen Abgang zu lesen: *»Lager der Kokereigegner schmilzt zusammen. – Mohr zieht Einspruch endgültig zurück«.*

Wenn die »Initiative Kokerei 4/8« den Abgang ihres »Vorkämpfers« verschmerzt und sich auf ihre eigenen Kräfte besonnen hat, wird in dieser traurigen Komödie der letzte Vorhang bestimmt noch lange nicht gefallen sein!

Keine Kokerei 4/8 in der Nähe von Wohngebieten!
Einhaltung der gesetzlichen Auflagen bei Imissionen!

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag:
ARBEITERKAMPF
Verlag J. Reents
Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50

V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadresse

Auflage: 8.500

Verkaufspreis: 0,50 DM

Verlagskonten:
Dresdner Bank 451 83 78, J Reents
Postscheck 2405 95 Hamburg, J Reents

Erscheinungsdatum: 8.7.77